Stadt Lenzburg

Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

Datum	25. September 2025
Zeit	19:30 Uhr bis 23:45 Uhr
Ort	Aula Lenzhard
Vorsitz	Beat Hiller, Einwohnerratspräsident
Anwesende	34 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigte	Daniel Blaser Noemi Landini Beate Ninow Ruby Ott-Häusermann Chantal Toker Sandro Werder
Protokollführung	Beatrice Räber

Traktanden

1. Mitteilungen
2. (25/164) Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
3. (25/166) Aufgaben- und Finanzplanung Einwohnergemeinde 2026 - 2030
4. (25/167) Budget Einwohnergemeinde 2026
5. (25/157) Marktmattenstrasse; Sanierung 1. Etappe; Abschnitt Nord; Kreditabrechnung
6. Umfrage

Verhandlungen:

1 Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich begrüsse zur heutigen Sitzung, sie ist gut gefüllt und ich denke es wird interessante Diskussionen geben. Ich begrüsse die Vertreter der Presse, Zuschauer und Zuschauerinnen sowie die Einbürgerungswilligen aber auch den Einwohnerrat, Stadtrat und die Vertreter der Verwaltung. Zuerst zu den Mitteilungen. Das Protokoll der Sitzung vom 19. Juni 2025 wurde am 1. September 2025 online gestellt. Die Beschlüsse, die dem fakultativen Referendum unterlagen, sind am 28. Juli 2025 in Rechtskraft erwachsen. Es liegt ein Neueingang vor, und zwar eine schriftliche Anfrage von Thomas Schär, Litfass-Säulen zur Bewerbung von Vereinsaktivitäten. Folgende Entschuldigungen sind eingegangen: Beate Ninow, Daniel Blaser, Sandro Werder, Noemi Landini und Martin Killias kommt mit etwas Verspätung. Zudem haben wir noch Mutationen im Einwohnerrat, zwei Kolleginnen sind heute Abend nicht mehr anwesend. Zum einen Chantal Toker von der GLP, sie ist aus Lenzburg weggezogen. Ihre Nachfolge wird Pascale Muhmentaler sein, welche aber heute noch nicht anwesend sein kann. Ebenfalls zurückgetreten ist Ruby Ott-Häusermann von der FDP. Da ist das Wahlverfahren eingeleitet. Die beiden Ersatzkandidaten werden an der nächsten Sitzung vereidigt. Wir sind nun 33 Anwesende, wenn Martin Killias noch kommt, sind es dann 34. Anwesende Auskunftspersonen der Verwaltung sind Marc Lindenmann, Leiter Finanzen, Christoph Hofstetter, Stadtschreiber und Peter Baumli Leiter Stadtverwaltung.

Dann kommen wir zum Traktandum 2, Einbürgerungen. Wie immer stelle ich zuerst die Frage, ob offen oder geheim abgestimmt wird.

Abstimmung:

Mit 26 Ja zu 7 Nein-Stimmen findet die Abstimmung offen statt.

2 (25/164) Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Modibo Dominique Guindo (GLP): Sehr geehrte Damen und Herren die hier anwesend sind. Für das Gemeinwohl werden folgende Friedensordnungen vereinbar: Angesichts der schwierigen Zeitumstände sichern sich die Leute und Gemeinden von Uri, Schwyz und Unterwalden mit allen Mitteln gegenseitig Hilfe zu gegen alle, die ihnen innerhalb wie ausserhalb ihrer Täler Gewalt oder Unrecht antun. Jede Gemeinde hilft der anderen mit Rat und Tat und auf eigene Kosten bei Übergriffen gegen Personen oder Sachen innerhalb und ausserhalb der Täler und bekräftigt diese Vereinbarung eidlich in Bestätigung und Erneuerung einer älteren Übereinkunft. Vor 734 Jahren versammelten sich auf der Rütliwiese drei Vertreter ihrer Gemeinden, um den Gründungsvertrag der Schweiz zu besiegeln. Das von ihnen erstellte Dokument wurde schliesslich unterzeichnet, bleibt jedoch unvollendet und im Laufe der Zeit verbesserungsfähig. So begannen Werner Stauffacher von Schwyz, Walter Fürst von Uri und Arnold von Melchtal von Unterwalden, heute ist es Nidwalden und Obwalden, mit dem Aufbau der Schweiz. Sie starteten das erste Experiment zum Aufbau der Schweiz. Seitdem hat die Schweiz nie aufgehört, sich neu zu erfinden, sich zu hinterfragen und sich weiterzuentwickeln. Manche sagen, es sei ein Mythos. Das macht nichts. Mythos gehören zur Kultur eines Landes. Manche sagen auch, es sei eine Legende. Das macht nichts. Legenden sind Teil der Geschichte eines Landes. Was wäre passiert, wenn Werner Stauffacher, Walter Fürst und Arnold von Melchtal sich nicht getraut hätten? Was wäre passiert, wenn Werner Stauffacher, Walter Fürst und Arnold von

Melchtal gesagt hätten, «hey, Werni, auf Generation Z-Sprache YOLO». Hinter dieser Abkürzung verbirgt sich der Ausdruck, du lebst nur einmal. You only live once. «Lassen wir es und gehen wir nach Hause. Es ist so schwierig. Hey, Walti! Wir können es nicht überwinden. Hey Arni, hey du, liebe Siech, passen wir auf es ist sehr gefährlich. Die Rütliwiese ist zu weit. Die Habsburger könnten uns sehen». Sie haben es gewagt. Sie sind ein Risiko eingegangen. Sie wurden vom folgenden Zitat des Dalai Lama inspiriert. «*Wenn Sie glauben, Sie seien zu klein, um etwas zu bewirken, versuchen Sie, mit einer Mücke zu schlafen*». Es gab nur drei Gemeinden. Heute gibt es laut dem Gemeindeverband 2121 Gemeinden in der Schweiz. Damals hatten Frauen kein Wahlrecht und von Kinderrechten war keine Rede. Es gab keinen Gotthard-Tunnel, es gab keine Züge, es gab keine AHV. Die Einbürgerung von Ausländern war undenkbar. Eine andere Zeit, eine andere Realität, mit ihren Gewissheiten, Unsicherheiten, Ängsten, Zweifeln, Hoffnungen, Herausforderungen, aber immer mit dem Willen, das eigene Schicksal in die Hände zu nehmen. Die Einbürgerung ist ein Prozess mit Regeln, Test, Verwaltungsaufwand, das ist auch gut so. Die Einbürgerung ist mehr als nur ein Reisepass eines Landes auf der Weltkarte. Sie ist vielmehr ein gottgegebener Instinkt. Ein angeborener, natürlicher Instinkt, ein inneres Bewusstsein, die Treue zu den Werten, Gesetzen und Institutionen eines Landes. Die Liebe zu einem Land, ein unbeschreibliches Gefühl, sich in einem Land, in einer Gemeinde wohlzufühlen, einen Beitrag zu leisten und sich einzubringen. Die Einbürgerungswilligen von heute Abend, ihre Lebensgeschichten, ihre Werdegänge, ihre Laufbahnen, alle administrativen Schritte und ihr ansteckender Wunsch, Schweizer zu werden, haben die gesamte Kommission überzeugt. Die Einbürgerungskommission bittet Sie, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen im Einwohnerrat, ihnen nun ihrerseits das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zuzusichern. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich bitte nun alle Einbürgerungswilligen den Saal kurz zu verlassen, damit die Abstimmung erfolgen kann. Wir werden Sie danach wieder hereinbitten. Die Abstimmung erfolgt offen und allen Gesuchstellenden wird das Gemeindebürgerrecht einstimmig zugesichert. Aus Datenschutzgründen verzichten wir im Protokoll auf die Nennung von Namen. Ich gratuliere allen zu diesem Resultat und wünsche Ihnen, dass Sie aktiv am Leben in Lenzburg teilhaben. Diejenigen die Spass an der Politik haben, seien Sie aktiv, ob im Einwohnerrat oder in einem anderen Amt in der Stadt. Sie dürfen selbstverständlich bleiben, wir haben heute eine spannende Sitzung, aber wenn Sie nach Hause gehen wollen dürfen Sie auch nach Hause.

3 (25/166) Aufgaben- und Finanzplanung Einwohnergemeinde 2026 - 2030

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zum ersten Geschäft, Traktandum 3 Aufgaben- und Finanzplan. Zuerst wird Thomas Schär, Präsident der GPFK, die Eintretensdebatte halten und anschliessend können die Einwohnerräte sich noch dazu äussern. Wichtig ist, den Aufgaben- und Finanzplan nehmen wir zur Kenntnis. Wir können zwar allenfalls Kritik üben aber wir stimmen nicht darüber ab.

Thomas Schaer (SP): Geschätzter Herr Präsident, werte Mitglieder der beiden Räte, liebe Medienschaffende und zahlreiche Gäste auf der Tribüne. Die Aufgaben- und Finanzplanung wurde in der GPFK diskutiert. Selbstverständlich jedoch nicht so ausführlich wie das Budget, das selbst eben auch viel ausführlicher ist. Auch in den Fraktionen sei die Aufgaben- und Finanzplanung nicht allzu ausführlich diskutiert worden. Wobei auch zu hinterfragen ist, ob diese Gewichtung Sinn macht. Haben wir doch am Infoanlass zum Budget erfahren, dass 90 % des Budgets fix sind und nur etwa 10 % des Budgets wirklich durch uns beeinflusst werden können. Der Handlungs- und Gestaltungsspielraum

ist dort also klein. Lohnt es sich dann dermassen tief ins Budget hineinzugehen und eben weniger in die Aufgaben- und Finanzplanung? Darauf komme ich später noch einmal zurück. Zuerst zu der Aufgaben- und Finanzplanung. Sie gibt die grosse Linie für die städtischen Investitionen der nächsten paar Jahre vor. Sie zeigt eindrücklich auf, was alles auf uns zukommt. Da stecken strategische Entscheidungen drin, schlussendlich grosse Zahlen, die die zukünftigen Budgets belasten werden. Würde es deshalb nicht viel mehr Sinn machen, da tiefer hineinzugehen? Wahrscheinlich schon. Schlussendlich, und Beat hat es vorhin verraten, die kleine Pointe, ist die Aufgaben- und Finanzplanung für uns ja nur zur Kenntnisnahme. Wir können inhaltlich also gar nicht wirklich viel mitreden. Beat hat gesagt, wir könnten Kritik ebenso auch Lob anbringen, hätten aber wenige Gestaltungsmöglichkeiten. Von daher wäre vielleicht das Gedankenspiel interessant, wenn wir die Aufgaben- und Finanzplanung nicht nur zur Kenntnisnahme nehmen, sondern tatsächlich darüber abstimmen könnten. Sind wir einverstanden mit all diesen Projekten und Aufgaben, die der Stadtrat in den nächsten fünf Jahren vorsehen wird oder vorsehen muss? Würden wir anders gewichten? Was würden wir weglassen, was neu vorziehen? Wo würden wir den zeitlichen Ablauf anpassen? Eben, das sind hypothetische Fragen. Wir können es da weder besprechen noch klären, was im Aufgaben- und Finanzplan drin ist. Sicherlich macht es aber Sinn, die Planung im Kopf zu haben und sich selbst klarzumachen, was wann ansteht. Andererseits wurde in der GPFK der Wunsch gegenüber dem Stadtrat geäussert, dass wir in naher Zukunft gerne ein bisschen mehr Einfluss hätten auf die Aufgaben- und Finanzplanung. Einfluss ist allenfalls ein bisschen hochgegriffen. Wir fänden es aber sinnvoll, wenn die GPFK frühzeitig in die Planung involviert wird und ihre Überlegungen äussern könnte. Das dürfte spätestens dann wichtig werden, wenn ein Budget mit negativem Abschluss droht. Das sieht auch der Stadtrat so und wir sind gespannt, was da zukünftig möglich sein wird. Denn was auch klar ist, ein beträchtlicher Teil der Aufgaben- und Finanzplanung wird nicht oder nur bedingt vom Stadtrat geplant. Im Dokument sind grosse Posten aufgeführt wie der neue Bahnhof, da ist vor allem die SBB und der Bund im Lead. Wir dürfen das Drumherum angehen und gestalten und finanzieren. Auch die Sanierung des Freiämterplatzes, da stimmt die Bevölkerung am Sonntag darüber ab, dies ist ein Projekt des Kantons, wir dürfen eigentlich nur die 35 % finanzieren, die gemäss kantonalem Verteiler vorgesehen sind. Viel mitreden können wir grundsätzlich nicht. Dann gibt es andere Investitionen, die dann eben vielleicht nicht kommen, obwohl sie in der Planung gewesen sind, weil sie vom Stimmvolk abgelehnt worden sind. Stichwort Sanierung Ammerswilerstrasse innerorts. Die Sanierung ist vorerst vom Tisch und ihr habt es in der AFP gesehen, sie ist ganz weit hinten noch aufgeführt. Aber auch da können wir im Einwohnerrat direkten Einfluss auf die AFP nehmen, nämlich mit Projekten und Investitionen, die wir fordern und genehmigen oder eben auch ablehnen. Aber uns allen ist klar, die AFP ist ein Planungsinstrument. Der Stadtrat ist angehalten, eine solche Planung zu machen für die nächsten fünf Jahre bzw. natürlich auch darüber hinaus, weil was wir schlank in den letzten Spalten und später gesehen haben, ist beim Stadtrat detaillierter und längerfristiger in Planung. Was auch wichtig ist, das habe ich letztes Jahr bereits erwähnt, die Planung ändert sich fortlaufend. Das zeigt ganz offensichtlich einen Blick auf die letzten Aufgaben und Finanzplanungen. In der aktuellen Aufgaben- und Finanzplanung, die wir jetzt vor uns haben, steigt die Nettoschuld per Ende Planungszeitraum, also im Jahr 2030, auf CHF 35 Millionen. Bei der letzten AFP sind das für das 2029 fast CHF 40 Millionen gewesen und in der AFP davor sind es für das 2028 «nur» knapp CHF 23 Millionen gewesen. Die Bandbreite ist also gross. Das Gleiche bei der Netto-Schuld 1 pro Einwohner. Gemäss der aktuellen Aufgaben- und Finanzplanung ist die im Jahr 2026, also im kommenden Jahr, bei CHF 41. In der letzten Aufgaben- und Finanzplanung war es für das Jahr 2026 noch eine Schuld von rund CHF 1'100. In der Aufgaben- und Finanzplanung 2022 für das 2026 sogar fast CHF 2'400. Also, was ist das Fazit? So ein Planungsinstrument macht Sinn und ist wichtig. Es zeigt uns immer

wieder auf, was an grossen und noch grösseren Projekten auf uns zukommt bzw. vermutlich zukommen wird. Denn eben die Planung ist ungewiss und vor allem auch von externen Faktoren abhängig. Die grosse Bandbreite der genannten Zahlen hat das deutlich gemacht. Das Gedankenspiel, dass wir über die AFP abstimmen können, also ausdrücken, ob wir mit der Planung einverstanden sind oder nicht, macht somit wenig Sinn. Der Einbezug oder der frühzeitige Austausch mit der GPFK hingegen schon. Da könnten wir Überlegungen austauschen, die dann in die Planung einfliessen. Vor allem ist die GPFK aber auch ein gutes und effizientes Mittel, um die Fraktionen zu informieren und zu sensibilisieren und natürlich auch ganz grundsätzlich für den Austausch mit den Fraktionen. Einbezug und Austausch werden dann umso wichtiger, wenn eben ein Budget mit einem negativen Abschluss vor uns steht. Dann wird es darum gehen, was wir uns noch leisten können und was wir uns noch leisten wollen. Der Stadtrat ist dann gut beraten, die GPFK und somit die Fraktionen stärker in die Investitionspläne einzubinden. Für die Erkenntnisse, vor allem aber auch, um einen gangbaren gemeinsamen Weg zu finden. Ich komme jetzt langsam zum Abschluss. Die Aufgaben- und Finanzplanung ist ein interessantes und hilfreiches Mittel, um ein bisschen in die nächsten paar Jahre zu schauen. Sowohl für den Stadtrat wie auch für uns hier im Einwohnerrat, für die Verwaltung, aber auch für die Bevölkerung, sicher auch als Vorbereitung auf die nachfolgende Budgetdebatte. Der Investitionsplan umfasst im Planungszeitraum 2026 bis 2030 das Nettoinvestitionsvolumen von knapp CHF 62 Millionen. Diese Summe liegt etwa CHF 7 Millionen unter dem Investitionsvolumen der letzten Aufgaben- und Finanzplanung. Von dem Netto-Investitionsvolumen sind CHF 4,8 Millionen bereits bewilligt. Per Ende Planungsperiode, ich habe es bereits erwähnt, steigt die Nettoschuld 1 aktuell auf knapp CHF 35 Millionen. Erfreulich ist dagegen, dass der Stadtrat nach wie vor das Ziel verfolgt, eine Selbstfinanzierung von CHF 5 Millionen anzustreben sowie 50 % der Investitionen durch die Selbstfinanzierung zu decken und auch ein jeweils ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Ob das auch zukünftig gelingt, diese Frage führe ich weiter vom letzten Jahr. Die GPFK dankt an dieser Stelle aber dem Stadtrat und den beteiligten Personen aus der Verwaltung, die bei der Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans beteiligt waren, zudem auch für den guten konstruktiven Austausch in der GPFK. Wir verstehen und schätzen die AFP als rollendes Planungsinstrument. Unbehagen zur finanziellen Entwicklung ist angebracht, aber eben die Planung kann und wird sich auch ändern. Die Zahlen sind nicht in den Stein gemeisselt. Die GPFK nimmt die Aufgaben um Finanzplanung gerne zur Kenntnis. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Ivanka Bašic (SP): Geschätzter Herr Präsident und geschätzte anwesende Personen in diesem Raum, wir haben diese Aufgaben- und Finanzplanung in der Fraktion besprochen. Wenn man pessimistisch denken möchte, könnte man mit dem Satz «Lenzburg vor dem Schuldenberg, ist eine Kurskorrektur möglich?» beginnen. Die Aufgaben- und Finanzplanung zeigt eben zwei Gesichter. Einerseits ist das ein zukunftsweisendes Investitionsprogramm von CHF 62,4 Millionen, das Prioritäten hat, die Menschen in den Mittelpunkt stellt und andererseits eine strukturelle Finanzierungsproblematik, die man eben nicht ignorieren darf. Man muss aber auch ehrlicherweise sagen, die Ausgangslage ist besser als vor zwei Jahren in der alten Aufgaben- und Finanzplanung. Wie schon gesagt, aus Sicht der SP stimmen die Investitionsprioritäten. Es fliessen CHF 24 Millionen in Bildung und Sport. Und auch die Bahnhofinfrastruktur ist eine Investition in die Zukunft der Stadt. Schulbauten schaffen langfristigen Wert, Sportanlagen fördern die Gesundheit und die Gemeinschaft. Der Stadtrat warnt in dem Schreiben selbst, ohne die Verbesserung der Leistungsfähigkeit muss zukünftig bei Investitionen klar zwischen Grundauftrag und freiwilligem Leistungsausbau unterschieden werden. Da frage ich mich, was das genau heisst und mit was müssen wir denn noch rechnen, also werden Kultur und Traditionsanlässe darunter leiden? Das wissen wir einfach nicht. Es ist auch nicht das Ziel dieser

Aufgaben- und Finanzplanung, eine Strategie zu entwickeln, wie auf der Ertragsseite noch Geld hineinkommen könnte. Aber wir möchten anregen, dass man vielleicht auch dort den Fokus darauflegt und schaut, wo zum Beispiel bei den Gebühren und Abgaben, die heute unter Vollkosten laufen, auch irgendwie ein Ertrag erhöht werden kann. Zum Beispiel das Parkierungsreglement 2, das schon lange pendent ist. Im Namen der SP-Fraktion nehmen wir natürlich die Aufgaben- und Finanzplanung zur Kenntnis und regen eben an, nicht nur auf Verzicht zu fokussieren und bedanken uns natürlich bei allen für die Erstellung und die Planung. Danke vielmals.

Christina Bachmann (Die Mitte): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Einwohnerrat, geschätzter Stadtrat, geschätzte Gäste, liebe Medienschaffende, ich nehme Stellung im Namen der Mitte und der EVP. Die Aufgaben- und Finanzplanung ist die hohe Kunst. Es ist eine Kunst, auf Gemeindeebene herauszufinden, welche Aufgaben packen wir jetzt an für unsere Generation, welche Investitionen braucht Lenzburg, die wir heute erledigen können, und was überlassen wir zukünftigen Generationen. Wir müssen uns alle überlegen, was ist unser Beitrag, den wir hier leisten wollen und es gilt, die Balance zu halten zwischen dem erträglichen Steuerfuss, den wir heute haben, und sinnvollen und notwendigen Investitionen und der Verschuldung und diese drei müssen die Balance halten. In dem Sinn danke ich dem Stadtrat und auch der Verwaltung für den AFP, den ihr uns vorlegt, sowie auch für das Budget. Ich glaube, man hat auch wirklich viel darangesetzt, die notwendigen und sinnvollen Investitionen zu definieren, um der zukünftigen Generation nicht zu hohe Schulden zu überlassen. Wir sehen aber gleichzeitig, dass diese Verschuldung steigt. Wir haben auch dort die Ambition und sicher den Willen, und das finden wir auch wichtig, dass man den Steuerfuss gleich lässt. Das ist jetzt die Challenge und die Krux, die wir haben. Es stellt sich die Frage, ob man durch kleine Einsparungen wie mit dem Projekt VFHSL, ein Sprung wie er im Jahr 2028 hier vorhergesagt wird, dies schaffen können. Das ist eine Herausforderung. Man muss sich überlegen, mit welchem Selbstfinanzierungsgrad dies erreicht werden kann. Deshalb auch den Appell an uns im Einwohnerrat, unsere Investitionen wirklich zu prüfen und uns zu fragen, welche sind wirklich notwendig und sinnvoll und wie können wir sie kosteneffizient umsetzen. Lenzburg muss nicht immer die Luxusvariante haben. Die grossen Themen, die wir sehen und die, glaube ich, unsere Generation hier bereit ist, mit dem AFP anzupacken, sind Schule, Verwaltung, und schliesslich die Strassen oder auch die Verkehrsinfrastruktur, die wir tätigen müssen. Freuen tut uns auch der Entwicklungsschwerpunkt Aabach Nord. Auch damit ergeben sich Möglichkeiten und ich glaube, von diesen Möglichkeiten haben wir viele. Lasst uns das Anpacken mit der nötigen Sorgfalt und mit einem guten Zusammenspiel und dass wir dieses Kunststück auch bewerkstelligen können. Danke vielmals und wir nehmen die AFP so gerne zur Kenntnis.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich danke im Namen des gesamten Einwohnerrats für die Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans und die Bearbeitung durch den Stadtrat. Dann bitte ich Thomas Schaer, die Eintretensdebatte zum Budget zu eröffnen.

4 (25/167) Budget Einwohnergemeinde 2026

Thomas Schaer (SP): Nach wie vor geschätzter Herr Präsident, liebe Anwesende, Einwohnerrat, Stadtrat, die Verwaltung, die Medien und die Gäste, weiter geht es mit dem Budget. Das vorliegende Budget ist jetzt wirklich eine Punktlandung. Ich habe das bereits letztes Jahr erwähnt, damals aber noch mit einem Ertragsüberschuss von CHF 265'000, jetzt sind es noch CHF 64'000. Das bei einem budgetierten Umsatz der Erfolgsrechnung ohne Spezialfinanzierung von rund CHF 78,5 Millionen

ausgeht. Beim Budget 2025 waren es CHF 75,5 Millionen. Auch das zweite finanzpolitisch angestrebte Ziel eine Selbstfinanzierung von mindestens CHF 5 Millionen wird mit CHF 6 Millionen erreicht. Das ist so weit erfreulich, vor allem wenn man sich der Ausgangslage bewusst ist. Der Mehraufwand bei den gebundenen Ausgaben kompensiert den höheren Fiskalertrag eins zu eins. Dazu kommt, dass die Abschreibungen gegenüber dem Budget 2025 um CHF 1,3 Millionen höher ausfallen. Somit ist das knappe Plus, das budgetiert ist, erfreulich. Aber wenn man genau hinschaut – und das haben alle Fraktionen sowie ihre Vertreterinnen und Vertreter in der GPFK klar festgestellt –, dann ist nicht mehr viel Luft nach oben, und die Schrauben sind zum Teil heftig angezogen worden. Da und dort sind die Kürzungen und Streichungen von Unterstützungen effektiv schmerzhaft, was heute Abend sicherlich noch zu diskutieren geben wird. Diese Interventionen sind aber den Parteien bzw. Fraktionen überlassen. Vorab eher zum grossen Bild. Wie gesagt, die Schrauben sind an vielen Stellen angezogen worden. Es gibt nicht die grossen Posten, sondern viele kleine, über die wir in der GPFK intensiv diskutiert haben. Die grossen Posten sind natürlich da, aber leider kaum beeinflussbar, ich habe es bereits erwähnt. Die Ausgaben für gebundene und nicht beeinflussbare Positionen an den Kanton unter anderem für Pflegefinanzierung sowie Restkosten, Sonderschulung, Heim- und Werkstätten nehmen deutlich zu. Das sind Mehrbelastungen, die wir einfach tragen müssen. In der GPFK ist auch diskutiert worden, was es nicht ins Budget geschafft hat. Zum Beispiel sind Ausgaben gestrichen worden, die dem Unterhalt und Werterhalt gedient hätten. Ein Beispiel ist da eine aufwendigere Reinigung der Toiletten, die die Lebensdauer dieser verlängert hätte. Da gilt es jetzt aber, die Kosten langfristig abzuwägen und der Stadtrat ist zum Schluss gekommen, dass sich die Investition nicht lohnt. Wir schätzen das umsichtige Vorgehen des Stadtrats. Hoffen aber natürlich, dass durch solche Sparmassnahmen, nicht nur bei den Toiletten, langfristig dann nicht doch noch höhere Kosten anfallen. Zudem gilt es bei solchen Entscheidungen auch den ökologischen Aspekt zu berücksichtigen. Wenn durch eingesparten Unterhalt früher Ersatz beschafft werden muss, ist das nicht nur unnötig teurer, es ist auch schade um das Bestehende, das früher entsorgt werden muss und länger hätte genutzt werden können. Deshalb der Appell an den Stadtrat, da wirklich vor- und umsichtig zu planen und alle Aspekte zu würdigen. In eine ähnliche Richtung gehen auch nicht vorgenommene Investitionen, die immer weiter nach hinten verschoben werden. Das betrifft zum Beispiel Mobiliaranschaffungen für die Schulen, aber auch das Mobiliar im Alten Gemeindesaal. Ihr wisst es alle: Die Stühle dort machen keine Gattung mehr, und wenn das dann Vermietungen verhindert, geht die Rechnung langfristig auch nicht auf. Bei der Schule sind gewisse Neuinvestitionen, wie das Mobiliar, einfach unumgänglich. Wir danken an dieser Stelle allen Beteiligten, die Verständnis haben für die Situation und sich noch eine Weile mit dem bestehenden Mobiliar begnügen und so Sitzleder beweisen. Aber auch da gilt es dann, bald Lösungen zu finden. Einmal mehr ein Thema ist die Problematik des strukturellen Defizits gewesen. Wenn also die Einnahmen tiefer sind als die Ausgaben und das strukturell bedingt kaum änderbar ist, dann gibt es eigentlich nur zwei grössere Hebel, Mehreinnahmen oder bei den Ausgaben dort ansetzen, wo man es beeinflussen kann und wo es viel ausmacht, und das wäre vor allem bei den Personalkosten. Der Entwicklung des strukturellen Defizits ist künftig sicherlich noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken, ebenso der Entwicklung der Anzahl Stellen. Immer unter Berücksichtigung der Arbeiten, die seitens der Verwaltung auch erfüllt werden müssen und der Qualität, die wir dabei erwarten. Wir haben im Austausch mit dem Stadtrat aber auch erfahren, dass im Bereinigungsprozess für die Budgetberatung auf Stellenanträge verzichtet worden ist. So werden im jetzt vorliegenden Budget nur noch sehr wenige neue Stellen beantragt. Diese sind zudem gut begründet und nachvollziehbar aus Sicht der GPFK. Vor allem bei der Überführung der 65 %-Stelle in der Badi von einem OR in einen DBR-Arbeitsvertrag oder auch bei der Stellenerhöhung bei der Regionalpolizei. Da schliesst sich ja mit Bettwil per 1. Januar 2026 eine

neue Gemeinde der Regionalpolizei Lenzburg an, somit ist die Erhöhung nachvollziehbar und durch das kantonale Polizeigesetz eigentlich so vorgegeben, Stichwort Mindestbestand. Die Stellenerhöhung in der Stadtplanung und Hochbau um 40 % ist im Frühling bereits in der GPFK thematisiert worden. Es ist unschön, wenn Stellenerhöhungen unter dem Jahr und neben dem Budget passieren. Mit der Begründung, dass so mit weiteren bestehenden Pensen neue 100 %-Stellen geschaffen werden können, die einfacher zu besetzen und einfacher einzusetzen sind, macht das Sinn. Diese Stelle ist seit dem 18. August besetzt. Auch zu diskutieren gab, die immer wieder eher kleinen Pensenerhöhungen, auch beim letzten Stellenantrag bei den Sozialen Diensten. Da werden jetzt allerdings doch 50% für die Sachbearbeitung, Buchhaltung und Administration beantragt. Nach weiteren Abklärungen haben wir zudem erfahren, dass die letzte Stellenerhöhung für diese Funktion über zehn Jahre zurückliegt. Damals ist eine Stelle um 40 % erhöht worden, allerdings durch eine interne Aufgabenverschiebung und es wurde keine Erhöhung der Stellenpensen für die Buchhaltung des Sozialdiensts im Einwohnerrat beantragt. Mit der jetzt beantragten Stellenerhöhung sollen die Buchhaltungsaufgaben auf zwei Personen aufgeteilt werden. So wird Know-how auf zwei Personen verteilt und eher erhalten. Die Stellvertretung wird sichergestellt und somit das Risiko für die Stadt reduziert. Noch einige weitere Punkte, die wir in der GPFK diskutiert haben. Wir haben uns sehr interessiert für das vorgesehene KI-Projekt, Künstliche Intelligenz. Dafür sind CHF 20'000 vorgesehen. Das ist sehr bescheiden und wir sind gespannt, was damit wirklich möglich ist. Da es sich aber um ein Tool handelt, das beim Kanton und anderen Gemeinden bereits im Einsatz ist, geht man von einer Effizienzsteigerung in der Verwaltung aus und wir sind gespannt, was wirklich erreicht werden kann. Länger diskutiert worden ist auch über die Spitex-Region Lenzburg. Da dürfte der Austritt von Möriken-Wildegg, ihr habt davon in der Zeitung gelesen, und ihre Erfahrungen mit dem neuen Anbieter spannend sein, wenn es denn so weit kommt. Die GPFK selbst zeigt sich da zum Teil sehr skeptisch, ob sich solche Kosten wirklich reduzieren lassen, bei der gleichen Leistung. Denn schlussendlich ist es der Anstieg der bezogenen Leistungen, welche die Kosten wachsen lassen. Da spielt die Demografie hinein, ebenso wichtig ist aber, wie die Spitex arbeitet, wie effizient sie ist und welche verschriebenen Leistungen auch wirklich ausgeführt werden. Ein gesundes Hinterfragen, ein gesunder Menschenverstand ist angebracht. Wir haben in der Diskussion erfahren, dass unsere Spitex das so handhabt. Weiter wurde länger über das Programm «Leiterli» diskutiert, eine aufsuchende Sozialarbeit für aktuell 5 Familien in Lenzburg. Die Kosten sind hoch, der Nutzen aber offenbar auch, so die Rückmeldungen aus Kindergärten und Schulen. Der Stadtrat plant, das Projekt vorerst drei Jahre lang laufen zu lassen, im Budget ist jetzt für das 3. Jahr ein unveränderter Betrag eingestellt. Ich möchte jetzt nicht mehr länger werten. Beim einleitenden Votum zur Aufgabe in der Finanzplanung habe ich aber die Frage gestellt, ob es sich lohnt, sich tief ins Budget hineinzuknien. Wie erwähnt, rund 90 % der Ausgaben sind fix und gegeben, bei 10 % besteht Handlungsspielraum, aber sind wir ehrlich, von diesen 10 % sind wir uns bei ganz vielem wahrscheinlich sehr einig, dass das so sein muss. Aber das Hineinknien lohnt sich trotzdem. Das haben die Diskussionen in der GPFK gezeigt und das werden wir jetzt auch in der folgenden Debatte sehen. Erste Änderungsanträge sind schon angekündigt oder waren bereits unterwegs zwischen den Fraktionen. Das Hineinknien, das genaue Hinschauen, jetzt Änderungen beantragen, ist Aufgabe von uns Mitgliedern im Einwohnerrat. Auch wenn wir nur bei einem sehr kleinen Teil des Budgets Gestaltungsmöglichkeiten haben. Somit möchte ich an dieser Stelle allen danken, die den Aufwand betrieben haben und sich jetzt nachfolgend äussern werden. Schlussendlich kommt das dem Budget zu gut, vor allem aber auch der Legitimation des Budgets der Bevölkerung gegenüber. Wir schauen genau hin, wir hinterfragen, wir versuchen dort Einfluss zu nehmen, wo wir können. Ein weiterer Dank gebührt dem Stadtrat und der

ganzen Verwaltung. Für das ausgeglichene Budget vor allem aber die grosse Arbeit, die bei der Erarbeitung angefallen ist.

Die meist sehr hilfreichen Erklärungen, die Offenheit an der GPFK-Sitzung, der vertiefte Einblick in den Erarbeitungsprozess, den wir bekommen haben, die Diskussion in der GPFK sind teils intensiv gewesen und tief ins Detail gegangen. Allenfalls nicht immer einfach, aus unserer Sicht aber sehr geschätzt. Vielen Dank an dieser Stelle vor allem an die Verwaltung. Sowohl für die Erarbeitung des Budgets, falls sie beteiligt gewesen sind, vor allem aber für ihre engagierte Arbeit das Jahr hindurch, weil das ermöglicht, dass wir Ende Jahr, wenn das Budget zur Rechnung wird, ebenso einen guten oder gar besseren Abschluss erhalten. Danke dafür. Zum Schluss empfiehlt die GPFK einstimmig, das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2026 zu genehmigen und den Steuerfuss wie bisher auf 105 % zu belassen. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Francis Kuhlen (FDP): Geschätzte Damen und Herren, zuerst noch eine kleine Bemerkung zur Aufgaben- und Finanzplanung. Es hat mich sehr gefreut, dass der Präsident der GPFK meinen Gedanken, dass man sich ein bisschen mehr auf das Thema konzentrieren sollte, welches strategische Bedeutung hat, nämlich die Aufgaben- und Finanzplanung, so wohlwollend aufgenommen hat. Jetzt zum Budget. Wie in den letzten Jahren präsentiert unser Stadtrat ein ausgeglichenes Budget, das ist doch schon einmal sicher lobenswert. Auf der ersten Folie der Informationsveranstaltung hat er aber erklärt, dass er gegenüber der ersten Fassung des Budgets CHF 6,7 Millionen Verbesserungen gemacht oder realisiert hat. Das ist wohl ein intensiver Prozess gewesen, der zu einem ausgeglichenen Budget geführt hat. Da muss man sicher auch den Abteilungsleitern der Stadtverwaltung, dem Finanzverwalter und dem Stadtrat mit Stadtschreiber und Verwaltungsleiter herzlich danken und das möchte ich im Namen der FDP-Fraktion tun. Nun konkret zum Budget 2025. Wie ich schon zum Budget in früheren Jahren erwähnt habe, macht mir insbesondere ein stetig wachsendes Defizit des Ergebnisses aus betrieblicher Tätigkeit grosse Sorgen. Vor allem sind in der Mehrjahresplanung für die Jahre 2028 und später wachsende Defizite angekündigt. Die Zunahme in den letzten drei Jahren deutet eher auf das Entstehen eines strukturellen Defizits hin. Das gibt Anlass für eine besondere Besorgnis. Auf die zweite Sorge, in der Ausgaben- und Finanzplanung habe ich im letzten Jahr schon hingewiesen. Es ist das kaum gebremste Wachstum der Personalstellen. Laut Jahresbericht 2021, also vor 5 Jahren, hat die Einwohnergemeinde Lenzburg am Ende des Jahrs 2021 132 Planstellen gehabt, wovon effektiv 125 besetzt waren. Für das Jahr 2026 plant der Stadtrat 174 oder 42 Planstellen mehr. Man muss fairerweise dazu sagen, dass 100 % Stellen für regionale Aufgaben hier dabei sind. Wenn man diese abzieht, so vergleicht man 102 Vollzeitstellen im Jahr 2021 mit 127 im Jahr 2026, also eine Zunahme von 25 Stellen in fünf Jahren. Das entspricht einem Wachstum von 25 % oder 4,5 % pro Jahr. Machen wir jetzt einen Vergleich mit ein paar anderen Kennzahlen. Ich habe im letzten Jahr bereits darauf hingewiesen, und das hat sich jetzt nicht geändert nach 12 Monaten. Im Betrachtungszeitraum von fünf Jahren ist unser Bevölkerungswachstum in Lenzburg praktisch stagniert. Holen wir ein paar andere Kennzahlen zur Hilfe. Der Fiskalertrag über die 5-Jahresperiode hat von CHF 35,5 Millionen auf CHF 40,5 Millionen zugenommen, also CHF 5 Millionen mehr oder 2,6 %, also rund die Hälfte des Zuwachses des Personals oder der Anzahl Personalstellen. Wenn man den Personalaufwand anschaut, dann hat er in dieser 5-Jahresperiode von CHF 18,9 Millionen auf CHF 25,1 Millionen zugenommen, was einem Wachstum von 32,8 % oder jährlich 5,9 % entspricht. Also auch da noch einmal höher. Ein unterordentliches Element ist sicher die Covid-bedingte Inflation gewesen, bei welcher wir aber in der Schweiz Glück gehabt haben, dass sie moderat geblieben ist. Fakt ist aber, dass man mit der Zunahme dieser Kosten fertig werden muss. Mir ist bewusst, dass die Position Personalaufwand im Budget auch Vollzeitstellen für regionale Aufgaben enthält und diese

Kosten grundsätzlich von den kooperierenden Gemeinden getragen werden. Es ist mir mit vernünftigem Aufwand nicht möglich gewesen, die Kennzahlen für das Personal für lokale Aufgaben zu eruieren. Aber ich vermute, dass sie in einer ähnlichen Grössenordnung sind. Dass ich mich derart auf den Personaletat beim Budget konzentriert habe, hat zwei Gründe. Erstens ist das Personal der Kern der öffentlichen Verwaltung. Sie leisten der Bevölkerung die allseits sehr geschätzten Dienste, geschätzt vielleicht mit Ausnahme der Steuerrechnung. Zweitens, wenn die Stadt, wie ich vorhin erwähnt habe, in einen strukturell defizitären Betrieb hineinrutscht bzw. sich bereits befindet, wenn ich die Zahlen aus der betrieblichen Tätigkeit anschaue, dann gibt es nach all den Sparübungen der letzten Jahre faktisch nur noch Massnahmen beim Personaletat, um das Defizit zu vermeiden. Unabhängig vom Ausmass, ist das immer schmerzlich. Ich habe das vor Kurzem in zwei Institutionen, die man auch als Dienstleister bezeichnet, und die vergleichbare Geschäftszahlen wie die Stadt haben, mit aller Härte erfahren können. Zusammen mit den gebundenen Kosten bilden die Personalkosten faktisch das Budget. Die gebundenen Kosten sind nicht verhandelbar oder veränderbar. Folglich ist das Wegsanieren eines strukturellen Defizits nur über den Personaletat möglich und deshalb äusserst schmerzhaft. Natürlich kann man das Defizit auch mit höherer fiskaler Belastung oder höherer Gebühren bekämpfen. Wie wir am Beispiel der Reglementsanpassungen, zum Beispiel aus der Abteilung Hochbau, feststellen, finden Gebührenanpassungen laufend statt. Eine höhere fiskale Belastung durch eine Erhöhung des Steuerfusses würde unsere Stadt steuerlich noch weniger attraktiv machen und das kommt für uns Bürgerliche deshalb sicher nicht in Frage. Ich habe mit dem Votum viel über oder praktisch nur über den Personaletat gesprochen, weil mir diese Entwicklung echt Sorgen macht und ich der Meinung bin, dass schmerzliche Eingriffe beim Personal vermieden werden müssen. Man muss dem Personal Sorgen tragen. Dann noch eine Bemerkung zur ICT. Wir haben in letzter Zeit ordentlich investiert in die Informatik und die Kommunikation. Das schlagende Argument für Investitionen in die ICT ist immer der Hinweis auf die Steigerung der Produktivität. Damit komme ich zum Punkt. Effizienz oder Produktivität kann man nur steigern, wenn man den Prozess regelmässig überprüft und optimiert. Das war einmal die Idee von Lenzburg21. Faktisch hat man vor sechs bis sieben Jahren diesbezüglich nur bei den Sozialen Diensten grundlegende Anpassungen realisiert. Was ist die Konklusion? Für die neue Legislatur empfehle ich dem neu konstituierten Stadtrat, das Thema Überprüfung und Optimierung der Prozesse als Kernziel zu definieren und zu verfolgen. Am Schluss ist es mir ein Anliegen, allen Beteiligten aus der Exekutive und der Verwaltung für die enorme Arbeit beim Gestalten des Budgets 2026 noch einmal ganz herzlich zu danken. Die FDP-Fraktion ist dafür einzutreten und wird dem Budget trotz grosser Sorgen zustimmen. Vielen Dank.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Damen und Herren des Stadtrats und des Einwohnerrats, geschätzte Medienschaffende, sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerplätzen. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für das Vorlegen des Budgets 2026. Vor allem Danke für das Dokument, welches wir im Nachgang noch erhalten haben, auf dem die Erläuterungen direkt bei den Kontennummern hinterlegt sind. Es erleichtert unsere Arbeit ein bisschen und ich denke, der Aufwand für den Herrn Finanzvorsteher oder Dienstleister war machbar. Einmal mehr hat die SVP-Fraktion sehr viel Zeit investiert, um das Budget zu beraten. Kernaussagen des Stadtrats wurden in den Zeitungen publiziert, sie stehen vorne bei der Einleitung drin und wir haben sie vom Finanzminister anlässlich der Einwohnerratsinfo Anfangs Monat im Gemeindesaal gehört. Wir anerkennen die Anstrengungen des Stadtrats, dass er uns und letztendlich ja auch den Bewohnerinnen und Bewohnern von Lenzburg das Budget mit einem positiven Gesamtergebnis vorlegt. Das ist wichtig. Noch geht das, mit Betonung auf noch. Wir sehen es nach wie vor positiv, dass der Budgetgrundlage ein Steuerfusses von 105 % zugrunde liegt. Geplante

Nettoinvestitionen von CHF 7,261 Millionen zeigen, dass in Lenzburg etwas geht, dass etwas bewegt wird, von wegen Stillstand, was man in vereinzelten Leserbriefen zu den Stadtratswahlen lesen konnte. CHF 7,261 Millionen werden investiert und etwas mehr nämlich CHF 6 Millionen selbst finanziert, das sind 83 % und das ist aus unserer Sicht ein guter Wert. Wenn die Einkommens- und Vermögenssteuerträge so eintreffen, wie sie budgetiert sind, dann sind wir froh. Eine budgetierte Erhöhung der Sondersteuern um CHF 270'000 gegenüber dem letzten Budget sehen wir dann schon wieder ein bisschen kritischer. Auf diese Steuern kann man einfach nicht bauen. Wir sehen hier eher ein Buchhaltungstrick aus dem Haushalt des Stadtrats, damit das Budget am Schluss eben doch noch positiv herauskommen kann. Was die Dividenden der SWL anbelangt, so bleibt unsere Haltung dazu zwiespältig wie in den vergangenen Jahren. Denn die allermeisten Strom- und Wasserbezüger haben keine Alternative zur Preisgestaltung der SWL. So wie es aus dem Lenzburger Gerüchtewald vernommen wurde, ist die SWL mit diesen CHF 1,5 Millionen vor Tatsachen gestellt worden. Offenbar hätte die SWL selbst, aufgrund eigener Investitionen und Vorhaben lieber eine kleinere Dividende bezahlt. Wir erkennen hier einmal mehr ein Defizit im kommunikativen Umgang des Stadtrats, in dem Fall mit der SWL. Der Stadtrat jammert (wobei das Wort vielleicht ein bisschen übertrieben ist, mir aber eigentlich noch gefällt) bzw. erwähnt der Stadtrat immer wieder die Kosten für die gebundenen Ausgaben. Wir haben es auch schon von der Vorrednerin gehört: Die werden immer höher. Konkret sind diese jetzt im Budget 2026 CHF 1,3 Millionen höher als im Budget 2025. Da geben wir ihm Recht. Was uns dann einfach ein bisschen fehlt, ist die Reaktion darauf. Wenn ich heute Abend von Thomas Schär höre, das sei einfach so, das sehen wir nicht so. Da kann man sich doch auch wehren. Wir haben Stadträte, die im Grossen Rat sind und wann beginnen sich die Gemeinden zu wehren, was von Aarau alles kommt. Müssen wir denn alles so hinnehmen, was von Aarau kommt? Wir sehen das nicht so. Auch bei uns sind die Personalkosten natürlich ein weiterer Punkt bei den fixen Ausgaben. Das ist nichts Neues. Wenn wir immer mehr Personal einstellen, dann haben wir auch immer mehr Lohnkosten. Francis Kuhlen hat es eindrücklich dargestellt. Auch im Budget 2026 erhöhen wir wieder. Haben wir irgendwo aber etwas darüber gelesen, dass sich der Stadtrat auch Gedanken gemacht hat, ob wir alle unsere Stellen, die wir bis jetzt schon haben, auch wirklich brauchen? Sind alle unsere Stellen, die wir haben, notwendig oder hätten wir nicht auch noch Personalpendenzen, die wir einer Kategorie wünschenswert zuweisen könnten? Die somit im Hinblick auf den kommenden Schuldenberg hinterfragt werden sollten. Wir von der SVP-Fraktion stellen uns immer wieder die Frage, das sind immer lange Diskussionen, und wir hätten schon die eine oder andere Idee. Damit das Budget ein positives Gesamtergebnis bekommen hat, musste der Rotstift angesetzt werden. Das ist eigentlich ein normaler Prozess beim Budgetieren, wenn Defizite drohen. Das ist auch ein normaler Prozess in jeder privaten Buchhaltung und hinter diesem Grundsatz stehen wir.

Was uns jedoch einmal mehr fehlt, insbesondere beim Budget 2026, sind die Informationen, welche Gedankengänge der Stadtrat gehabt hat. Ich habe es bereits vor einem Jahr bemängelt. Geändert hat sich nichts. Der Stadtrat hat das Budget 2026 von bereits erwähnten minus CHF 6,6 Millionen auf plus CHF 64'000 verbessert, wie er uns erklärt hat. Wie gesagt, ein positives Gesamtergebnis ist löblich. Aber welche grösseren Wünsche wurden dann gestrichen? Bei den Kürzungen des Brunnenwassers wissen wir es, denn dort steht es drin, bei vielen anderen wissen wir es eigentlich nicht so genau. Vielleicht geht es den anderen Fraktionen gleich, wie es uns gegangen ist. Wir erkennen in diesem Budget 2026 keine Strategie bei diesen Kürzungen. Bei den einen Konten wird gekürzt, bei den anderen wird nicht gekürzt. Vielleicht gibt es aber auch keine Strategie. Was wir am schlimmsten finden, ist jedoch die Tatsache, dass Institutionen, die über Jahre Beiträge von Steuergeldern

erhalten haben, keine Informationen darüber bekommen haben, dass es Kürzungen geben wird oder – noch schlimmer – dass sie gar keine Zuwendungen mehr erhalten werden. Verstehen Sie uns nicht falsch, es geht nicht um Kürzungen an solches, aber es geht um die fehlende Kommunikation zwischen dem Stadtrat und diesen Institutionen. Wir fragen uns schon, lieber Stadtrat, warum geht ihr so vor? Ich habe euch hier das Leitbild, Seite 3 des Leitbilds. Dort steht drauf, dass die Stadt Lenzburg den Dialog pflegt mit allen Bevölkerungsgruppen. Das steht auf dem Papier des Stadtrats. Entweder seid ihr nicht Teil der Stadt Lenzburg, aber das kann ich mir auch nicht vorstellen, oder ihr macht einfach nicht das, was ihr euch selbst auf die Fahne schreibt. Dann gibt es noch die Seite 6 des Leitbilds, die hat auch der Stadtrat geschrieben. Die Stadt Lenzburg unterstützt das lebenslange Lernen. Auch hier macht ihr nicht das, was ihr euch vorgenommen habt. Der Stadtrat streicht bei der Volkshochschule CHF 1'500, die sollen keine Beiträge mehr bekommen. Was, geschätzte Anwesende, aber macht dann die Volkshochschule, wenn nicht eine Tätigkeit im Bereich des lebenslangen Lernens? Es sind nämlich Erwachsenenkurse, die da angeboten werden. Seit Jahren fliessen Beiträge an das Schloss Lenzburg CHF 25'000 und an das Stapferhaus CHF 100'000. Das wird nicht gekürzt. Bei der Bibliothek wird der Betrag um CHF 15'000 gesenkt, bei der Stadtmusik und den Tambouren wurde nichts gekürzt. Beim Beitrag an die IG Klima sind CHF 6'000 eingespart worden, gleichzeitig stellt man für CHF 16'000, das Re-Audit Energiestadt ins Budget. Ich könnte noch lange weiterfahren, aber aus zeitlichen Gründen höre ich hier auf. Wir kommen ja dann nachher noch zur Detailberatung. Wir erkennen hier einfach keine Linie. Wie erwähnt wissen wir nicht, wie die Gedankengänge des Stadtrats gewesen sind. Was ich aber mit Bestimmtheit weiss ist, dass es jetzt dann in wenigen Momenten bei der Detailberatung zu einem Hin und Her mit den Anträgen kommen wird, und ich bin mir nicht immer sicher, ob wir überall den Überblick haben werden. Es kommt, wie es kommen muss. Weil wir Vertretungen in unseren Reihen haben, die von irgendeiner Kürzung persönlich betroffen ist, wird es zu Anträgen auf Erhöhungen kommen und diejenigen die verlieren sind vermutlich die Institutionen, die noch nichts von einer Kürzung wissen oder ein weniger gutes Lobbying haben. Ich hätte an dieser Stelle eine Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt dann Änderungsanträge stellen werden. Ich bzw. unsere Fraktion wäre froh, wenn wir bei einem Antrag auf Erhöhung des Budgets bereits im Vorfeld der Abstimmung wüssten, ob an einer anderen Stelle eine Kürzung vorgesehen ist. Wir finden das wirklich wichtig, denn aus unserer Sicht wäre es immer noch wünschenswert, wenn wir am Schluss immer noch ein positives Gesamtergebnis hätten. In dem Sinn treten wir auf das Budget ein. Wir werden uns im Rahmen der Detailberatung selbstverständlich noch einmal einbringen, denn wir haben noch das eine oder andere Sparpotenzial entdeckt. Besten Dank.

Christina Bachmann (Die Mitte): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Stadtrat, liebe Medienschaffende, sehr verehrte Gäste, ich werde für die Mitte-EVP-Fraktion gerne ein kurzes Votum zum Budget halten. Zuerst einmal ganz herzlichen Dank an die Verwaltung und an den Stadtrat für die Erstellung des Budgets. Ich gehe da nicht mehr genau darauf ein, aber wir haben ein positives Gesamtergebnis und wir werden auch so die selbst gesetzten Ziele der Selbstfinanzierung erreichen, das finden wir gut. Ebenfalls sehen wir, dass bei der Einnahme sehr realistisch geschätzt wurde und im kantonalen Vergleich, gerade zum Beispiel bei den Unternehmenssteuern und deshalb werden wir in diesem Budget auch in unserer Fraktion mehr auf die Ausgaben schauen und dort gibt es wirklich klare Herausforderungen. Das erste Themenfeld, das wir als Herausforderung sehen, ist die Bauverwaltung. Wir haben dort einerseits die personellen Wechsel, und andererseits auch die Dienstleistungen, die sehr hoch sein müssen gegenüber der Bevölkerung und gegenüber von Firmen. Darum braucht es dort auch gutes Personal, Stabilität und auch die

nötigen Ressourcen. Ein offener Punkt ist da die beantragte Stellenerhöhung. Wir stellen fest, dass durch den Wegfall der Bauverwaltung von Hunzenschwil auf eine Art eine Erhöhung schon da ist, denn das fällt weg, ohne dass man das Personal kürzt. Deshalb stellt sich die Frage, ob man wirklich noch zusätzlich Personal braucht. Dasselbe ist im Bereich Immobilien. Da kann man sich ebenfalls fragen, gibt es da Sparpotential. Tragen wir genügend Sorge zu den Mieterträgen. Das zweite Themenfeld sind Klima und Energie. Es sind sicher sehr viele Massnahmen schon aufgegleist. Wir sind eine Energiestadt und wir freuen uns alle daran, dass wir eine Energiestadt sind. Die Frage ist: Brauchen wir wirklich Gold, müssen wir das erreichen, was bringt es uns? Wir sind sehr kritisch und stellen uns auch wirklich die Frage, welche Massnahmen nötig sind, damit dort ein gutes Verhältnis entsteht. Der dritte Teil, der für uns wichtig ist in der Mitte EVP-Fraktion, ist die frühe Förderung. Das ist im Bereich soziale Sicherheit. Wir sehen dort, dass die Analyse, um wirklich zu entscheiden, ob man ein Angebot kürzt, nicht vorhanden ist. Wir werden uns dort gegen eine Senkung der Beiträge an familie+ wehren, weil einfach gar keine Grundlagen da sind. Wir sehen aber Möglichkeiten, dass wir das wieder kompensieren können, ganz im Sinne meines Vorredners. Grundsätzlich freuen wir uns auf die Detailberatung, wir werden uns konstruktiv beteiligen, auch an diesen einzelnen Anträgen. Wir können es ebenfalls nicht verstehen, warum man in einer Volkshochschule spart, warum man an anderen Orten spart und an gewissen Orten nicht, und wir werden auch dort ein paar Änderungsanträgen zustimmen. Es kommt sicher auch auf die Debatte an und wir freuen uns auf die Diskussionen.

Ivanka Bašic (SP): Geschätzter Präsident, auch ich möchte mich im Namen der SP bei der ganzen Verwaltung oder bei allen Beteiligten und beim Stadtrat bedanken für das nachvollziehbar erstellte Budget. Trotz enger Spielräume liegt ein positiver Ertragsüberschuss von CHF 64'000 vor und das würdigen wir. Dennoch werden wir die Auswirkungen und Priorisierungen heute Abend weiter im Detail beraten und den einen oder anderen Änderungsantrag selbst stellen oder unterstützen. Ich will nicht wiederholen was schon gesagt wurde, aber ich möchte anschliessen. Ich hätte nicht gedacht, dass ich heute Abend mit Mige einverstanden bin. Es geht um die Restkosten Pflege, also gebundene Kosten. Das ist ein weit verbreitetes Narrativ, dass Gemeinden diesen Restkosten sehr hilflos ausgeliefert sind, teilweise schon, aber es trifft nicht ganz zu. Längerfristig lassen sich die Kosten stabilisieren und wir wissen auch, im ganzen Gesundheitswesen werden die Kosten nie weniger. Man muss daran arbeiten, dass sie einfach stabiler bleiben. Wo ich mit dir nicht einverstanden bin, ist die Restkostenfinanzierung. Diese ist im Bundesgesetz geregelt, welches der Bund an den Kanton delegiert und der Kanton delegiert es den Gemeinden und wenn man dies jetzt im Grossen Rat ändert, und der Kanton die Kosten übernimmt, dann hätten wir einfach höhere Kantonssteuern. Die Leistungserbringer also Pflegeheime, Spitexen, Spitäler haben jetzt schon zu tiefe Tarife. Die müssen alle mit den Finanzen kämpfen. Meine Lösung wäre, gestützt auf die OBSAN-Studie (das Schweizerische Gesundheitsobservatorium), die vor zwei Wochen herausgekommen ist, dass im Kanton Aargau überdurchschnittlich viele Menschen mit tieferer Pflegestufe im Heim leben, was heisst, sie könnten zu Hause sein und ambulant betreut und gepflegt werden, was viel günstiger wäre. Dort wird auch belegt, dass die ambulanten Behandlungen 2–8-mal weniger kosten würden als stationäre Behandlungen. Also wenn wir mehr Tages- und Nachtstrukturen für die ältere Bevölkerung zur Verfügung stellen würden, das betreute Wohnen und ambulante Leistungen stärken würden, dann würden wir auch den Heimeintritt von Menschen mit tieferem Pflegebedarf verhindern. Das würde auch das Budget nachhaltig entlasten. Der demografische Wandel, der eigentlich eine Binsenwahrheit ist, wird in Lenzburg nicht wahrgenommen oder nicht so angegangen. Man kann sagen, während die Babyboomer in Rente gehen, schlafen wir in Lenzburg in Bezug auf die Alterspolitik. Dort wäre ein

grosser Hebel, den man angehen könnte. Genau, die ganzen Kürzungen und so, das ist schon alles erwähnt worden, das wiederhole ich nicht noch einmal. Trotz der Kritikpunkte ist natürlich das Budget ein Erfolg, denn es ist ein positives Ergebnis. Wir möchten uns noch einmal ganz herzlich bedanken dafür und im Namen der SP-Fraktion möchte ich mitteilen, dass wir dem Budget natürlich zustimmen. Merci vielmals.

Anja Kroll (Grüne): Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Ich möchte das Votum von Ivanka gerne aufnehmen. Ich bin sehr dankbar, dass du den Elefanten im Raum angesprochen hast, während die Bürgerlichen und Rechten immer nur von «Stellen», und «aufgeblähter Verwaltung» sprechen. Man muss sagen, es gibt auch andere strukturelle Gründe für Budgetänderungen und für langfristige Schwankungen. Lenzburg ist ein Regionalzentrum, und wir haben eine demografische Entwicklung. Wenn mir eines Sorgen macht, dann sind es die vielen Babyboomer, zu denen ich selbst auch gehöre. Diese kommen halt langsam ins Rentenalter und bei denen die Gemeinde im Moment keine gesetzlichen Verpflichtungen hat, aktiv zu werden. Man kann da das Budget gut kürzen aber die Kosten, bis etwas in Kraft tritt fallen bei der Gemeinde an. Das fehlt bisher im grossen Überblick. Ich bin auch nicht sehr glücklich darüber, dass man immer einerseits Danke sagt, wie toll das Budget doch gemacht wurde – ich möchte mich dem Dank anschliessen – und gleichzeitig unterschwellig davon ausgeht, dass die Prozesse nicht überprüft werden. Ich gehe davon aus, sie werden angeschaut. Ich weiss auch aus den Gesprächen, die ich im Frühjahr mit einzelnen Vertretern in der Verwaltung führe, dass da sehr wohl genau hingeschaut wird, wie man optimieren kann, und wir haben es in der GPFK auch verschiedentlich diskutiert. Also, um einfach mal hier einen Gegenpol zu setzen. Man sieht dem Budget an, es wurden sehr viele Posten sehr genau angeschaut. Es ist kleinteilig, und vor allem ist so ein Budget ja eine Wette. Bei manchen einzelnen Budgetposten haben wir Schwankungen, die grösser sind als das, was schlussendlich als Schwarze Null oder rote Zahl herauskommt – ja, wir werden es dann sehen, wie schwarz oder rot es tatsächlich wird – aber vieles wissen wir einfach noch nicht. Also die Unsicherheiten in einzelnen Budgetposten sind sehr gross. Da frage ich mich dann schon auch, wie andere auch, ob es sich lohnt, über anderthalb Tausend an der einen oder anderen Stelle intensivste Diskussionen zu führen, wenn der Nutzen doch ganz offensichtlich anerkannt wird von allen Bürgern. Wir werden es sehen in der Detaildebatte. Was hier auch noch keiner so gesagt hat, von den Reichen lernt man ja sparen. Ich komme aus dem Nordkanton, man hört es mir ja immer noch an. Ich meine, der Steuerfuss hier, der ist auf einem erträglichen Niveau und ich persönlich zahle super gerne Steuern, wenn ich weiss, wofür und wenn es der Allgemeinheit zugutekommt. Ich persönlich finde es jetzt auch nicht so schlimm, wenn Steuern mal ein bisschen höher sind und ich muss ehrlich sagen, ich bin nach Lenzburg gezogen, weil ich diese Stadt supercool fand, weil ich hier auch was gefunden habe, das muss man auch sagen. Aber ganz bestimmt habe ich nicht als erstes den Steuerfuss angeschaut und habe mich dann entschieden, hierherzuziehen. Ich bin sicher, dass auch viele nicht wegziehen werden, wenn es da Änderungen gäbe. Gut, wir werden die Diskussion in diesem Jahr noch nicht führen, aber ich denke wir werden die führen müssen, denn langfristig, AFP wurde angesprochen, steigt die Verschuldung. Da kommen wir nur darum herum, wenn wir uns von den bisher so sicheren Investitionen wie einem guten Fahrzeugpark bei der Polizei, das hat gute Gründe, der Ressortleiter hat das verteidigt, ich kann das nachvollziehen, trennen. Der Tiefbau hat auch immer sehr gute Argumente, warum eine Optimierung, werterhaltend ist. Aber genau da sind die grossen Punkte und nicht bei der Bevölkerung und der Kultur und all diesen Dienstleistungen, die in der Stadt erbracht werden. Was den Klimaschutz angeht, ich spreche da ja für die Grünen und nicht nur für die Grünen, da wissen wir ja selbst auch, dass jeder Franken, den man investiert, an dieser Stelle von nachfolgenden Generationen einfach

nicht gezahlt werden muss und uns das auch sehr schnell wieder zugutekommt. Ich schliesse mit dem Dank an die Detailarbeit, an alle Beteiligten und ich freue mich auf die Detailberatung.

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Stadtrat, werte Gäste, kurz zusammengefasst, was wir bis jetzt gehört haben. Das Budget ist nicht rosig, die Ausgaben erhöhen sich, die Aufwände für Material und Personal steigen und wir steuern auf ein strukturelles Defizit zu. Die Ausgaben zu überprüfen, ob sie wirklich notwendig sind, sei jetzt wichtig. Damit stimme ich überein. Notwendig heisst aber für mich auch, sich eben nicht nur auf das Minimum zu konzentrieren. Wir könnten runterfahren und sagen, wir machen wirklich nur das Allernötigste. Aber wie es Anja jetzt gerade gesagt hat, wichtig ist eben auch, was macht die Stadt lebenswert. Es hat ein paar Sachen in dieser Stadt, warum wir alle da sind. Ich glaube wir sind nicht nur wegen dem Steuerfuss hier. Es gibt in dieser Stadt vieles, das das Leben hier lebenswert macht und erklärt, warum wir uns durch dieses Engagement für die Stadt einsetzen. Bei allen Sparübungen müssen wir eben nachher schauen, dass wir das Gemeinsame und diese Kultur erhalten können. Klar, es geht nicht mit allen Wünschen, aber wegsterben lassen, weil wir jetzt halt sparen müssen, kann es auch nicht sein. Auf der anderen Seite wurde viel erwähnt bei den Einnahmen, wenn wir darauf achten, woher sie kommen und wie wir sie generieren können. Was mir ein bisschen gefehlt hat bei den Vorrednerinnen und Vorrednern, sind unsere Gebühren die wir erheben. Sind die wirklich kostendeckend? Haben wir wirklich überprüft, dass mit den gestiegenen Ausgaben, die wir jetzt haben, auf der Einnahmeseite eine Kostendeckung haben. Bei diesen Gebühren, die wir einmal festgesetzt haben, haben wir die ganzen Teuerungen auch weitergegeben? Haben wir die Anpassungen gemacht, wir investieren ins Personal, wir geben Lohnerhöhungen weiter, Teuerungsausgleich zum Beispiel, wir haben beim Material höhere Aufwände. Aber wenn man dann auf der anderen Seite Gebühren, die das wiederum decken sollten, nicht erhöht oder die Teuerung nicht angleicht, verschenken wir eigentlich Einnahmesubstrat und das unnötig. Derjenige, der das bezieht, hat ja auch durch den Teuerungsausgleich in seinem privaten Bereich oder seinem Lohn einen gewissen Ausgleich bekommen. Es ist zumindest zu hoffen. Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, die Gebühren kontinuierlich auch für die Zukunft zu überprüfen und dafür zu sorgen, dass dort kein Verlust entsteht. Die GLP tritt auf das Budget ein. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Besten Dank, dann werden wir jetzt zur Detailberatung übergehen. Ich werde die neun Abteilungen durchgehen und dann irgendwann sinnvollerweise eine Pause einschalten. Wenn wir fertig sind mit dem Budget werden wir entscheiden, ob wir heute noch weitere Geschäfte beraten oder ob diese auf die nächste Sitzung vertagt werden.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es ist das Konto 01.120.3170.03, Exekutive Repräsentationskosten. Wir stellen folgenden Antrag: Die vorgesehenen Budgetausgaben von CHF 35'000 für Repräsentationskosten sollen um CHF 3'000 neu auf CHF 32'000 gekürzt werden. Warum machen wir das? Wie ich im Eintretensvotum zum Budget erwähnt habe, können wir nicht nachvollziehen, weshalb bei einigen Positionen gekürzt wurde und bei anderen nicht. Wir finden es absolut nicht in Ordnung, wie der Stadtrat mit gewissen betroffenen Organisationen umgegangen ist und wie er diejenigen mit keinem Wort informiert hat. Weil wir in der Vergangenheit mehrmals erlebt haben, dass unsere Voten beim Stadtrat ein bisschen nach dem System Göschenen-Airolo angekommen sind, was also nichts anderes heisst, es geht rechts rein und links geht es wieder raus, möchten wir euch vom Einwohnerrat hier eine kleine Budgetverschiebung vorschlagen. Die vorgesehenen Einsparungen von CHF 3'000 bei den Repräsentationskosten, möchten wir dann später dem

Konto 2990.3636.00, das sind Beiträge an private Organisationen, explizit der Volkshochschule, wieder zukommen lassen. Wir werden dort diesen Antrag stellen. Was ich hier noch rasch einschieben möchte, ist, dass ich keinerlei Verbindung zur Volkshochschule habe. Ich bin nicht Mitglied in diesem Verein, ich kenne keinen dieser Vorstandspersonen und ich habe diesem Verein auch noch nie Geld zukommen lassen. Aber ich finde einfach, die machen eigentlich ein tolles Angebot in der Erwachsenenbildung. Die CHF 3'000 sind, wenn man das Gesamtbudget anschaut, nicht ein wahnsinnig grosser Betrag und wir denken, dieses Engagement sollte man dort nicht abklemmen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir reden nun über den Änderungsantrag der SVP die Repräsentationskosten, um CHF 3'000 von diesen CHF 35'000 zu reduzieren. Wer wünscht das Wort dafür?

Stadtamman Daniel Mosimann: Vielen Dank, wenn man das Budget anschaut, dann sieht man, dass die Repräsentationskosten in den letzten Jahren eigentlich immer zurück gegangen sind. Darunter fällt unter anderem auch der Austausch mit Nachbargemeinden, Städten, mit denen man sich trifft. Es handelt sich um Treffen oder Geschenke. Ich bitte den Einwohnerrat, diese Kürzung also nicht vorzunehmen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Vielen Dank, dann komme ich zur Abstimmung.

Abstimmung:

Dem Änderungsantrag der SVP die Repräsentationskosten von CHF 35'000 auf CHF 32'000 zu kürzen, wird mit 33 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Michael Häusermann (SVP): Besten Dank, wir gehen auf Seite 71 des Budgets. Es ist das Konto 0.243132.00 bei der Abteilung Immobilien, Honorare externe Berater und Gutachter. Unser Antrag lautet, die vorgesehenen Ausgaben von CHF 50'000 externe Kosten für die Bearbeitung eines Betriebskonzepts für Hauswartung und Reinigung sind ersatzlos zu streichen. Warum kommen wir damit? Lenzburg hat eine Abteilung Immobilien. Dort haben wir Personen angestellt, die sich mit unseren Immobilien und mit allem, was dazu gehört, befassen. Die Hauswarte und die Reinigung sind keine neuen Themenfelder der letzten Jahre, sondern solange wir Liegenschaften haben, gehört halt auch eine Reinigung dazu. Wir hatten vorübergehend in dieser Abteilung Immobilien eine Chefin, jetzt haben wir einen Interimschef, wir haben eine Teamleiterin, wir haben zwei Projektleiter, wir haben eine stellvertretende Leiterin etc. Wenn diese Personen das nicht hinbekommen, sich darüber Gedanken zu machen, wie sich eine Organisation und Abläufe optimieren lassen und wo Einsparungen möglich sind, dann fragen wir uns einmal mehr, ob wir die richtigen Leute haben. Wir haben hier eine ähnliche Situation wie die, die wir bereits bei der Fachstelle Umwelt gehabt haben. Wir stellen jemanden an und wenn es darum geht, sich eine Gesamtübersicht zu verschaffen, dann werden sofort externe Personen beizogen. Wir sehen es als Kernaufgabe der verantwortlichen Personen in der Abteilung Immobilien, sich Gedanken über Optimierungs- und Einsparmöglichkeiten zu machen. Dafür braucht es keinen externen Berater, der zusätzlich viel Geld kostet. Zudem hat die GPFK eine Vertiefungsprüfung zum Beschaffungswesen in Auftrag gegeben, die unter Umständen ebenfalls Hinweise auf Einsparpotenzial bringen kann. Besten Dank.

Vizeamman Andreas Schmid: Geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle festhalten, wir geben grundsätzlich im Jahr etwa CHF 1 Million aus für die Reinigung von all unseren Liegenschaften. Ob Schulliegenschaften oder städtische Liegenschaften, oder Liegenschaften die wir vermieten. Die Situation heute ist einfach die, um das schön zu sagen,

dies historisch gewachsen ist. Wir führen die Reinigung nach bestem Wissen und Gewissen durch. Wir sind der Meinung, dass dies aufgearbeitet werden muss. Wir müssen prüfen, was gereinigt wird, in welcher Qualität wir reinigen wollen und welchen Turnus die Reinigung haben soll, sodass wir festhalten können, welche Liegenschaften in welcher Qualität und Quantität gereinigt werden sollen. Ja, wir haben Leute in der Abteilung Immobilien, die das machen könnten. Es ist aber etwas das wir schon seit Jahren hinausschieben, weil wir die Kapazität und Ressourcen nicht hatten. Es braucht auch ein spezifisches Know-how, um diese Arbeit machen zu können und wir versprechen uns auch Optimierungen herbeiführen zu können, wenn das sauber aufgearbeitet wird. Aus diesem Grund empfehle ich dem Einwohnerrat diese Kürzung nicht zu beschliessen. Der Stadtrat hat diverse Kürzungen gemacht und diese ist dringeblieben, weil wir die Notwendigkeit und einen Mehrwert und vor allem vielleicht künftig Einsparpotential sehen, wenn wir das umsetzen können. Danke.

Thomas Schaer (SP): Geschätzte Anwesende, ich finde es ein bisschen schwierig, ich bin hin und hergerissen, ganz ehrlich gesagt. Auf der einen Seite kann ich mich einfach an die Diskussion in der GPFK erinnern, dass genauer hingeschaut werden soll, dass hinterfragt werden soll und so weiter. Das wäre das Ziel einer solchen Aufgabe, dass dies durchleuchtet wird und man sieht, was für Potenzial drin ist. Ich weiss nicht, ob wir beurteilen können, ob die Ressourcen in der Abteilung Immobilien oder in welcher Abteilung auch immer, wirklich ausreichend sind, um dies selbst machen zu können. Ich kann mich einfach daran erinnern, dass wir über Jahre hinweg nach der Immobilienstrategie gefragt, verlangt oder geschrien haben. Diese liegt endlich vor, aber noch nicht in dem Umfang wie wir sie gerne hätten, da muss auch noch mehr Arbeit geleistet werden.

Daher finde ich es sehr heikel, wenn wir im Rahmen dieser Budgetoptimierungen, die wir hier im Einwohnerrat anstreben, alles rausstreichen, was dann schlussendlich die Dinge ermöglichen würde, die wir von der Verwaltung und der Stadt, sei es aus der GPFK oder dem Einwohnerrat, immer wieder fordern. Schlussendlich müssen sie gewisse personelle Ressourcen haben, in der Verwaltung, aber sie müssen auch Ressourcen haben, um gewisse Sachen extern geben zu können. Mige hat die Beschaffungsvertiefungsprüfung erwähnt, die wir von der GPFK in Auftrag gegeben haben. Die ist ziemlich oberflächlich. Wir versprechen uns dort aber schon einiges, vor allem, dass man nachher noch vertieft hinschauen muss und dass dort wahrscheinlich Folgeaufträge kommen werden.

Ich würde mich daher gerne dem Stadtrat anschliessen und würde klar dafür votieren, dass wir der Verwaltung die Ressourcen für eine externe Prüfung geben. In der Hoffnung, wie wir es auch in der GPFK immer wieder fordern, dass durch eine Optimierung schlussendlich eben mehr Geld eingespart werden kann, als das jetzt hier kostet. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Danke, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, komme ich zur Abstimmung.

Abstimmung:

Der Antrag der SVP im Konto 0.243132.00 bei der Abteilung Immobilien, Honorare externe Berater und Gutachter die vorgesehenen Ausgaben von CHF 50'000 externe Kosten für die Bearbeitung eines Betriebskonzepts für Hauswartung und Reinigung sind ersatzlos zu streichen wird mit 7 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Michael Häusermann (SVP): Wir bleiben auf Seite 71, das ist die Abteilung Stadtplanung und Hochbau Löhne, das Konto 02.263010.00. Wir stellen den Antrag, die beantragte Stellenerhöhung von

40 % sei abzulehnen. Die bereits angestellte Person, Herr Andreas Friedrich, ist jedoch weiter zu beschäftigen. Die benötigten Stellenprozente sind mittels Umorganisation, Umschichtung innerhalb der vorhandenen Stellenprozente der Verwaltung zu besorgen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die letzte Stellerhöhung in dieser Abteilung haben wir 2024 bewilligt, das ist noch nicht allzu lange her. Wir haben bereits in der Beratung zum Budget 2024 festgestellt, dass eigentlich die Bauverwaltung selbst eine Baustelle ist. Wir haben schon damals gefordert, dass die Bauverwaltung als erstes ihre Abteilung selbst in den Griff bekommen soll. Diesen Schritt erkennen wir nach wie vor nicht. Umso weniger, als jetzt auch noch der Ressortleiter sowie der Abteilungsleiter wechseln. Dies sorgt weiter für Unruhe. Wir erachten es unter diesen Umständen als ungünstig, wenn nun für eine weitere Gemeinde die Bauverwaltung übernommen werden soll. Daher sind wir nicht bereit, schon wieder eine Erhöhung der Stellenprozente für diese Abteilung zu bewilligen.

Stadtamman Daniel Mosimann: Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss in der Bauverwaltung oder in der Abteilung Stadtplanung und Hochbau ein bisschen differenzieren. Zum einen haben wir die Bauverwaltung, die inzwischen gut aufgestellt ist. Wir haben ein Team, das gut arbeitet und dass wir aufbauen konnten, mit einer Teamleitung und zwei Mitarbeitenden, die die Bauverwaltung und die Baugesuchsprüfung erledigen. Sie machen das nicht nur für Private, sondern auch für Firmen. Zum anderen haben wir die Stadtplanung. Wir möchten diese 40 % Aufstockung im Moment bei der Stadtplanung einsetzen. Es ist richtig, dass wir da vor einem Jahr schon eine Aufstockung hatten. Der Grund ist der, dass die Personen, die in der Stadtplanung arbeiten diese Planungen nicht mehr stemmen können. Verschiedene Planungen laufen und muss man vorantreiben, im Zusammenhang mit der neuen Bau- und Nutzungsordnung. Wir sind auch noch an den Teilrevisionen am Arbeiten. Dies ist ebenfalls Stadtplanungsarbeit. Der Einwohnerrat hat gefordert, dass es nicht zehn Jahre gehen soll, bis die Teilrevisionen über die Bühne gehen. Das betrifft den Mülimärt, das Artoz-Areal sowie das Zeughaus Areal. Da ist man mit Hochdruck an der Arbeit und das braucht Ressourcen. Gerade beim Artoz-Areal, wenn man da mitreden will, dann muss man dabei sein und Ressourcen stellen können. Eine weitere grosse Kiste, die irgendwann kommt, ist der Bahnhof. Wenn wir nicht gut aufgestellt sind, dann fliegt uns das um die Ohren. Es ist nicht die Infrastruktur des Bahnhofs, sondern das Bahnhofsumfeld. Dort passiert viel, es stehen Forderungen im Raum, dass man den Nordteil des Bahnhofs nicht vergessen darf. Das versuchen wir, ist aber auch schlussendlich eine Ressourcenfrage. Dann haben wir den Mülimärt. Auch da werden Umstrukturierungen angedacht und dann haben wir noch das Areal Aabach Nord. Es wird immer wieder gefordert, wir müssen juristische Personen nach Lenzburg holen, weil wir in dieser Hinsicht, was den Steuereingang betrifft nicht so gut gesegnet sind. Das stimmt, es sind keine exorbitant hohen Beträge, die hereinkommen, aber es sind doch schöne Beträge. Wenn wir das Steigern wollen, haben wir mit dem Gebiet Aabach Nord nun die Möglichkeit dazu. Dafür muss die Planung vorangetrieben werden, damit wir eine gute Ausgangslage schaffen kann und das Areal gut entwickeln können. So entstehen Chancen auch gute Firmen nach Lenzburg zu holen. Deshalb ist der Stadtrat der Überzeugung, dass diese Aufstockung der Stellenprozente gebraucht wird, um gut voranzukommen.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte alle hier im Saal, danke für den Änderungsantrag. Die Mitte-EVP-Fraktion wird diesem zustimmen. Es ist so, wir haben nun Ressourcen in der Bauverwaltung und wir schliessen nicht aus, dass es auch in der Stadtplanung noch Ressourcen braucht.

Es ist wahrscheinlich jetzt einfach der falsche Zeitpunkt. Es ist auch der falsche Zeitpunkt, um eine weitere Bauverwaltung zu akquirieren. Das soll nicht als Zeichen gegenüber der Bauverwaltung gesehen werden, dass die Arbeit nicht geschätzt wird oder man diese Personen nicht möchte. Die Erhöhung ist jetzt am falschen Platz. Deshalb werden wir dem zustimmen.

Stadtamman Daniel Mosimann: Wenn wir von der Bauverwaltung und der Stadtplanung reden, dann reden wir von zwei unterschiedlichen Professionen. Jemand der in der Bauverwaltung arbeitet wird nicht in die Stadtplanung gehen und die Aufgaben da wahrnehmen können. Es sind zwei unterschiedliche Berufe und Fachrichtungen, die man nicht miteinander verknüpfen darf. Ein Bauverwalter ist etwas anders als ein Stadtplaner und deshalb bitte ich den Einwohnerrat nochmals die Stellenerhöhung gutzuheissen.

Vizeamman Andreas Schmid: Ich möchte noch etwas ergänzen. Mit dem Wegfall der Bauverwaltung Hunzenschwil haben wir, wenn wir genau hinsehen, im Moment eine Überbesetzung in diesem Bereich. Zufälligerweise sind das ebenfalls 40%. Nun ist es aber so, dass die Person in der Bauverwaltung mehr als 40 % arbeitet und wir können nicht verlangen, dass diese Person im nächsten Jahr 40 % weniger arbeitet. Dann werden wir diese Person wahrscheinlich verlieren. Daher möchte ich kurz einen Rückblick machen, was passiert, wenn wir diese Person verlieren. Bauverwalter sind auf dem Arbeitsmarkt der öffentlichen Verwaltung äusserst rar. Wenn wir zurückschauen, welche Vakanzen wir dort hatten und wie viel Geld wir in der Vergangenheit für externe Dienstleister ausgeben mussten, um die Baugesuche auf Sparflamme bearbeiten zu können, dann steht das in keinem Verhältnis zu diesen 40 Stellenprozenten. Wir haben aber gehandelt, das kann auch im Budget nachgesehen werden. Wir haben gesagt die 40 % die wir zu viel haben, weil die Entschädigung von Hunzenschwil wegfällt, muss kompensiert werden. Deshalb war da die Idee mit einer anderen Gemeinde einen Vertrag abzuschliessen und die Bauverwaltung zu übernehmen. Solange uns das nicht gelingt, werden wir versuchen diese Person vielleicht auf Stundenbasis einer anderen Gemeinde auszuleihen, damit wir diese Person auslasten können. Wir haben das im Budget entsprechend berücksichtigt und den Wegfall von Hunzenschwil so dargestellt. Von daher besteht aus meiner Sicht im Bereich Bauverwaltung, stand heute, kein Handlungsbedarf Pensen zu reduzieren. Weshalb es diese 40 % im Bereich Stadtplanung braucht, hat der Stadtamman vorhin bereits ausführlich ausgeführt.

Michael Häusermann (SVP): Einfach noch einmal eine Präzisierung. Es geht auf keinen Fall gegen Herrn Friedrich. Ich kenne ihn persönlich nicht, es hiess er sei eine gute Person, welche man behalten sollte. Dem kann ich mich anschliessen. Deshalb haben wir im Antrag explizit gesagt, dass man diesen Mann weiterbeschäftigen sollte. Es geht auch nicht explizit um die Abteilung Stadtplanung. Wir sind aber an einem Punkt, wo wir Prioritäten setzen müssen. Wir haben das heute Abend auch schon gehört. Es muss mir niemand erzählen, dass es bei 174 angestellten Personen, nicht möglich ist, von irgendwo 40 % zu verschieben. Wir haben immer mehr Personal. Jetzt wollen wir den Stellenetat wieder um 40 % erhöhen und jammern gleichzeitig wir haben zu viele Leute. Man kann der Abteilung Stadtplanung 40 % mehr zugestehen, aber man muss bereit sein an einer anderen Stelle 40 % runterzugehen, denn es gibt schon Abteilungen, bei denen man schrauben könnte. Es ist jetzt die Aufgabe des Stadtrats oder der Verwaltungsleitung, die sind dafür bezahlt, zu schauen, wo etwas verschoben werden kann. Es geht auf keinen Fall um Personen oder gegen die Abteilung Stadtplanung. Es geht darum, dass schon wieder 40 % auf den Gesamtetat draufkommen. Besten Dank.

Vizeamman Andreas Schmid: Ich habe vorhin gesagt, wir hätten einen Ertrag von CHF 78'000 erwirtschaftet und so haben wir es im Budget berücksichtigt. Wenn wir dieses 40 % Pensum streichen, müssen wir folgerichtig auch auf der Ertragsseite CHF 78'000 herausstreichen. Wir werden also nichts gewinnen, wenn wir das Budget ehrlich machen wollen. Dann können wir diese geplanten Dienstleistungen nicht an andere Gemeinden verkaufen. Unter dem Strich ist der Antrag, wenn man ehrlich ist, nicht Mehraufwand sondern Aufwandminderung.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich möchte noch etwas klarstellen. Der Antrag der SVP lautet nicht bei der Bauverwaltung 40 % nicht zu bewilligen, sondern es geht darum über das gesamte Personal keine Erhöhung zu machen und die 40 % an einem anderen Ort zu einzusparen.

Ivanka Bašic (SP): Geschätzte Anwesende, geschätzte Kollegen und Kolleginnen der SVP oder von der Mitte, ich bin in der GPFK und bekomme seit ein paar Jahren mit, wie diese Abteilung zu kämpfen hat. Es ist schwierig, sie haben wenig Personal und jetzt, wo sie endlich voll besetzt sind, will man 40 % streichen. Das ist in keinem Verhältnis, wenn man zukunftsgerichtet den Weitblick haben will, wie eine Verwaltung sich entwickeln soll. Der Vorschlag man soll in einer anderen Abteilung 40 % streichen ist ein Ausspielen der Abteilungen. Alle Abteilungen haben einen Stellenplan und sie brauchen diese Stellen, um die Arbeit zu machen. Ich höre, seit ich dabei bin, die Prozesse seien nicht gut. Man ist unzufrieden mit der Verwaltung. Jetzt wo man vielleicht mal 20-40 % mehr hätte um sich darum zu kümmern will man das auch noch streichen. Ich verstehe es nicht. Ich bitte euch wirklich, den Antrag abzulehnen. Danke.

Vizeamman Andreas Schmid: In der Annahme wir müssten die Stelle aus einer anderen Abteilung finanzieren – das kann man machen. Aber vielleicht erinnert ihr euch noch an die letzte Budgetrunde, dort haben wir darüber diskutiert. Wir budgetieren alle Stellen, die beantragt und bewilligt sind, besetzen sie aber nicht. Das gab uns Handlungsspielraum von – ich glaube – CHF 700'000 für Stellen, die bewilligt sind und die wir besetzen wollen. Vor einem Jahr haben wir gesagt, dass wir diesen Betrag, also diese Sicherheit, die wir hineinbudgetieren, halbieren. Das bedeutet ein grösseres Risiko. Wenn wir den Antrag jetzt so umsetzen wie ihr in stellt, reduzieren wir diesen Betrag einfach nochmals. Das Risiko steigt weiter, und die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, dass wir irgendwann ein negatives Jahresergebnis ausweisen müssen.

Francis Kuhlen (FDP): Ich staune über diese Diskussion. Was in der Privatwirtschaft gang und gäbe ist und ständig die Aufgabe eines Vorgesetzten ist, ist zu schauen, wie Stellen arbeiten und ob sie noch gebraucht werden. Wie sich die Situation im Markt verändert, wie man Schwerpunkte anders setzen muss, wie man die Leute umschulen muss und so weiter und so fort. Das scheint da einfach gar nicht möglich zu sein und ich habe noch nie gehört, dass irgendwelche Funktionen einmal unter die Lupe genommen worden sind, ob diese überhaupt noch gebraucht werden. Das ist der Punkt, so habe ich es verstanden, was Mige möchte. Im Prinzip sagt er, so wie die Abteilung Hochbau und die Abteilung Bauwesen jetzt aufgestellt ist, wollen wir sie nicht anfassen. Aber die zusätzlichen 40 %, die jetzt beantragt sind, die müssen irgendwie aus dem Potenzial dieser 174, 100 % Stellen, die vorhanden sind, geschaffen werden. Dass das nicht möglich ist, das kann ich nicht begreifen. Konsequenterweise muss ich diesem Antrag von Mige zustimmen. Das ist genau das, was ich vorhin gesagt habe. Wenn wir diese Flexibilität nicht haben, dann sehe ich schwarz für die Zukunft, vor allem in Bezug auf das strukturelle Defizit.

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Stadtrat, geschätzte Kolleginnen, geschätzte Damen und Herren, es ist die sechste Budgetdebatte, die ich miterleben darf, und jedes Jahr haben wir genau die gleiche Diskussion. Wir diskutieren jedes Jahr über 10 – 40 % und schauen Abteilung für Abteilung an. In keinem Jahr schauen wir den Gesamtetat an. Das ist was Mige vorhin ausgeführt hat, wenn man genau zugehört hat. Es geht eben um diesen Gesamtetat. Durch natürliche Fluktuation ist bei diesen 174 Stellen ein Potential vorhanden. Wenn wir weiterhin jedes Jahr Abteilung für Abteilung durchdiskutieren und über 10, 20 oder 30 % die überall gerechtfertigt sein können, dann werden wir es nie schaffen, die Stadtverwaltung irgendwann schlanker aufstellen zu können. Punkt zwei, wir wissen, dass wir einen Paradigmenwechsel haben bei der Baubewilligung. Weg von dem, was effektiv notwendig ist für die Beurteilung, hin zu dem hintersten und letzten Detail bei Baugesuchen in Frage zu stellen. Zum Beispiel, welche Farbe die Fensterläden oder die Fensterrahmen haben sollen. Ich bin persönlich davon betroffen in einer anderen Gemeinde. Dann muss man sich genau diese Frage stellen, was ist effizient? Noch einmal, wenn man Mige genau zugehört hat, dann geht es genau darum. Diese Stelle soll nicht angefasst werden. Vielleicht brauchen wir sogar noch mehr Stellen für eine effiziente Stadtplanung und ein attraktives Lenzburg 2050. Aber es kann nicht sein, dass wir permanent nur erhöhen und uns nicht die Frage stellen, ob der Gesamtetat irgendwann eine Obergrenze erreicht hat.

Stadtamman Daniel Mosimann: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich ist der Stadtrat nicht dagegen, wenn man das jetzt so machen will. Es ist einfach ein kompletter Systemwechsel, den man vornehmen würde. Ich finde dies jetzt in der Budgetdebatte der falsche Zeitpunkt. Bei Christoph Nyfeler ist es die 6. Budgetdebatte und bei mir wohl etwa die 30. in der man über Stellenprozente diskutiert. Wir dürfen eines nicht vergessen, die Verwaltung ist mit verschiedenen Abteilungen und Fachspezialisten aufgestellt. Der Werkhof ist der Werkhof und die Leute, die da arbeiten, werden nie eine Trauung machen können. Das ist so klar wie das Amen in der Kirche. Wenn man das so machen will, dann muss der Einwohnerrat dem Stadtrat eine Anzahl Stellenprozente angeben und dann muss sich der Stadtrat arrangieren. Das hat man bisher aber noch nie so gemacht, man ging immer nach der funktionalen Gliederung des Budgets in den Abteilungen aus und hat nachher geschaut, dass die Abteilungen entsprechend funktionieren. Wenn man das will, kann man diesen Wechsel schon machen, aber das hat weitreichende Konsequenzen in der Aufstellung der Ressourcen der Stadtverwaltung. Zum anderen kann man sagen, in der Bauverwaltung gibt es Prozesse und diese wurden in den letzten Jahren angeschaut und verbessert. Es gibt Orte und Zonen, wo viel vorgegeben ist, und da kann sich die Bauverwaltung nicht einfach darüber hinwegsetzen.

Vizeamman Andreas Schmid: Wenn ihr sagt, wir müssen diese 40 % in anderen Abteilungen kompensieren; dann gibt es im 0220, allgemeine Dienste die Konten 301009 und 301010 und dort wird die Differenz, also die Hälfte des budgetierten Lohns, den wir voraussichtlich nicht brauchen, gutgeschrieben. Wir budgetieren nur die Hälfte des überbudgetierten Lohns und deshalb ergibt sich da eine Gutschrift. Wollt ihr das Risiko da erhöhen? Dann bleiben die Zahlen so drin. Oder korrigieren wir es in diesen Konten und sagen, das Risiko muss auch abgefedert werden oder nur zur Hälfte. Wir nehmen etwas aus diesem Risikotopf. Will dies der Einwohnerrat oder bilden wir es im Budget ab. Wenn wir es im Budget abbilden, dann ist es am Schluss keine Einsparung. Es geht um rund 63'000 Franken, inkl. den Sozialkosten. Wollt ihr die effektiv rausnehmen? Dann sieht das Budget besser aus, mit der Wahrscheinlichkeit, dass der Überschuss im Jahresabschluss entsprechend

grösser ist. Oder sagt ihr, es geht vor allem um die Stellen. Wir nehmen diese raus, und passen den Betrag hier im 301009 und 301010 an.

Lindenmann Marc: Geschätzte Anwesende, ich sage auch noch zwei drei Worte zu den Konti die Andi Schmid erwähnt hat. Die rund CHF 261'000, welche in diesen zwei Positionen stehen, ist der Durchschnitt des Lohnaufwands, welchen wir in den letzten drei Jahren nicht ausgeschöpft haben. Wie Andi Schmid eingangs erwähnt hat, wir budgetieren alle hier bewilligten Stellen voll. In der Abteilung Personal beispielsweise sind 200 Stellenprozente bewilligt und im Moment sind 180% davon besetzt. Aber die 20 % sind ebenfalls budgetiert. Mit diesen zwei Positionen hat man das erste Mal im Budget 2025 einen Teil dieser Luft, die immer mitbudgetiert wird, herausgenommen. Das ist jetzt schon entscheidend, werden die CHF 63'000, wie es Andi vorhin gesagt hat, erhöht und man bewilligt diese 40 % im Stellenetat oder man will nicht, dass der Stellenetat über die gesamte Verwaltung um 40 % nach oben geht. Darum glaube ich, dass man darüber diskutieren muss, denn es stehen zwei Varianten zur Auswahl. Entweder der Stellenetat wird erhöht oder man lässt ihn auf dem gleichen Niveau und sagt dem Stadtrat man nimmt es aus diesen Konti, wo man noch Luft hat, und muss die 40 % zu Lasten einer anderen Stelle oder Funktion einsparen. Ich rede jetzt für mich, für die Abteilung Finanzen, es wäre schon hilfreich, wenn ich dann wüsste, wo einsparen.

Michael Häusermann (SVP): Ich bin der Meinung ich sei klar gewesen. Der Stellenetat soll nicht um 40 % erhöht werden. Wie ihr das verbucht, kann ich nicht sagen, ihr seid Spezialisten in der Verbuchung. Aber wenn wir zum Budget jetzt Ja sagen, dann geht der Stellenetat hoch und das möchte ich nicht.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ist es korrekt Mige, dein Antrag lautet die Abteilung Stadtplanung und Hochbau erhält die 40 % Stellenerhöhung aber diese Prozente müssen durch eine Reduktion in der Stadtverwaltung kompensiert werden.

Michael Häusermann (SVP): Wir müssen uns kurz beraten.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir machen eine 10-Minuten-Pause und fahren um 21.50 Uhr fort.

Michael Häusermann (SVP): Wir haben uns kurz besprochen. Ich beabsichtige keinen Systemwechsel das würde nichts bringen. Wir haben uns auf einen Kompromiss geeinigt. Wir bewilligen die Stelle von 40% nicht generell aber wir lassen die Person, die angestellt ist, da weiterarbeiten. Wir hatten auch schon Pensen, die überschritten wurden. In Zahlen heisst das, dass beim Ertragskonto 02203010.10 von minus CHF 171'000 auf minus CHF 235'000 gegangen wird. Die 40 % Stelle wird nicht bewilligt aber wir besetzen sie trotzdem damit weitergearbeitet werden kann. Vielleicht können Herr Hofstetter oder Herr Lindenmann noch Ausführungen dazu machen.

Stadtschreiber Christoph Hofstetter: Die Zahlen haben wir von Mige gehört. Ich versuche es noch einfacher zu erklären, wobei das für mich als Jurist manchmal schwierig ist. Auf Seite 12 des Budgets ist der Stellenplan aufgeführt. Dort hat es verschiedene Spalten. Ich nehme gleich die oberste HR-Verwaltung. Dort hat man Planstellen und besetzte Stellen. Im Normalfall arbeitet der Stadtrat darauf hin, dass die Planstellen höher sind als die besetzten Stellen. Weil der Stadtrat nicht das Recht hat eine Stelle einfach zu besetzen. So wie ich jetzt Mige verstanden habe ist es so, dass man beim Hochbau diese Stelle nicht bewilligt, das heisst man hat weniger Planstellen, aber so wie Mige

beantragt darf Herr Andreas Friedrich dort arbeiten. Das heisst, der Einwohnerrat gibt dem Stadtrat die Kompetenz zu sagen, die Planstellen, die man nicht bewilligt dürfen im Hochbau aber besetzt werden. Auf der anderen Seite muss der Stadtrat aber schauen, dass der Lohn an einem anderen Ort nicht ausgegeben wird. Zusammengefasst sagt man, grundsätzlich darf die Person beim Hochbau arbeiten, man nimmt dort eine Pensen Überschreitung in Kauf aber unter dem Strich darf es nicht mehr Pensen geben in der gesamten Verwaltung. Dann wird es nächstes Jahr einfach so sein, dass die besetzten Stellen bei der Stadtplanung und Hochbau, wenn alles normal läuft, um 40 % höher sind als die bewilligten Stellen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Das heisst man kann festhalten, das Ausgabenbudget wird um CHF 63'000 tiefer.

Francis Kuhlen (FDP): Also diese Logik ist für den Ingenieur schon ein bisschen schwer zu verstehen. Gibt es dann eine Stelle, die bewilligt worden ist, aber kein Geld vorhanden ist, um sie zu besetzen? Also dieser Logik kann ich jetzt nicht folgen. Ist es erlaubt in diesem System, dass man eine Stelle bewilligt hat, aber keinen Lohn hat, um diese zu zahlen?

Vizeamman Andreas Schmid: Ich versuche es nochmals zu erklären. Auf Seite 12 des Budgets, im Stellenplan, seht ihr, dass wir für 2026, total 174.06 Stellen budgetiert haben. Aber gleichzeitig sieht man, dass aktuell nur 159.57 Stellen besetzt sind. Wir beantragen jetzt nicht 14 Stellen, sondern etwas anderes. Deshalb gibt es geldmässig eine Differenz. Das ist was ich vorhin versucht habe zu erklären. Wir haben für das Budget 2025 beschlossen da ein wenig Luft herauszunehmen und eine Gutschrift zu machen. Die Hälfte dieses Geldes wird im Budget abgebildet. Deshalb jetzt auch der Vorschlag, dass wir diese Kontoposition belasten, in der wir dies darstellen. Dann ist der Stadtrat frei, wo er dies einsparen will. Das ist das System wie es Stand heute funktioniert.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich denke wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir darüber abstimmen sollten. Für mich scheint wichtig, dass das Protokoll hier richtig verfasst wird. Haben jetzt alle verstanden, worüber wir abstimmen. Es geht nicht darum, dass die Abteilung Stadtplanung und Hochbau beschnitten wird, sondern die sollen diese Stellenprozente erhalten und wir sparen die CHF 63'000 im Gesamtbudget ein. Das Gesamtbudget wird also um CHF 63'000 besser.

Adrian Höhn (GLP): Schönen guten Abend, das Einzige, was mir jetzt nicht klar ist wie es dann im Budget 2027 aussieht. Das ist jetzt nicht das Thema von heute Abend, aber ich möchte die Konsequenzen meines Handelns verstehen für das nächste Budget.

Stadtschreiber Christoph Hofstetter: Ich habe das Budget 2025 vor mir, welches die Bevölkerung und der Einwohnerrat letztes Jahr beschlossen haben. Dort hat es eine Position die heisst Löhne, nicht beanspruchter Lohnaufwand. Ich denke, was der Einwohnerrat heute macht, hat er letztes Jahr schon gemacht, um die Frage von Francis zu beantworten. Darf der Stadtrat alle Stellen besetzen? Nein darf er nicht, weil im Budget steht, dass er einen nicht beanspruchten Lohnaufwand von CHF 200'000 ausweisen muss. Es dürfen also gar nicht alle Stellen besetzt werden.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Gut wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag von Mige in dieser Diskussionsform wie wir ihn am Schluss hatten, zustimmt soll sich erheben.

Antrag: Die beantragte Stellenerhöhung von 40 % ist abzulehnen und der Stellenetat wird nicht erhöht. Die bereits angestellte Person in der Stadtplanung ist jedoch weiter zu beschäftigen. Die 40 Stellenprozente sind woanders in der Verwaltung einzusparen, bei den bewilligten aber nicht voll besetzten Stellen. Das Budget wird damit mit CHF 63'000 weniger Aufwand belastet.

Abstimmung:

Dem Antrag wird mit 22 Ja Stimmen zu 12 Nein Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Janine Pfister Meier (SP): Sehr geehrter Herr Einwohnratspräsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen von beiden Räten, liebe Presse und Gäste, jetzt wird es ein bisschen einfacher, aber nicht unwichtiger. Mige, ich bin dir dankbar, du hast da schon vorgegriffen. Es geht um die Volkshochschule Lenzburg. Die Volkshochschule Lenzburg leistet seit vielen Jahren einen wertvollen Beitrag für die Bildung, Kultur und Gesellschaft in unserer Stadt. Ein wichtiges Ziel der VHL ist, einer möglichst breiten Bevölkerungsgruppe Zugang zu Bildung und Kultur zu ermöglichen. Die VHL versucht, Brücken zu bauen für langjährige Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch für Neuzuziehende. Die Kurse dienen nicht nur der persönlichen Weiterbildung oder dem eigenen Vergnügen der Teilnehmenden. Die Volkshochschule versucht mit diesen Veranstaltungen einen direkten und konkreten Nutzen für die Stadt und die Bevölkerung zu bieten zu aktuellen und gesellschaftlich relevanten Themen. Sie bemüht sich immer um die Kooperation mit Lenzburger und regionalen Institutionen. Sie schafft Begegnungen, vermittelt Wissen und stärkt den Zusammenhalt in der Region. Die Aktivitäten, die die Volkshochschule bietet, sind ein Beitrag zu einem attraktiven Standort Lenzburg. Der Beitrag der Stadt ist bereits dieses Jahr stark reduziert worden, nämlich von CHF 4'500 auf CHF 1'500, ohne dass die Volkshochschule davon gewusst hat. Ein vollständiger Wegfall des wichtigen Beitrags der Stadt wäre einschneidend und kurzfristig nicht durch die Mitglieder oder Sponsoren auffangbar. Höhere Kursgebühren widersprechen nämlich dem Grundgedanken, Bildung und Kultur für alle zugänglich zu halten. Uns von der SP und den Grünen ist diese Unterstützung wichtig. Der Beitrag der Stadt ist Ausdruck der Wertschätzung gegenüber dem vielfältigen Angebot und auch dem Engagement von zahlreichen Freiwilligen. Deshalb beantragen wir, auf die Streichung zu verzichten und einen Beitrag von CHF 3'000 im kommenden Jahr zu entrichten.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag? Dann kommen wir zur Abstimmung, wer dem Änderungsbeitrag zustimmen kann, die Volkshochschule mit einem Beitrag von CHF 3'000 im Jahr 2026 zu unterstützen, soll das durch Aufstehen bestätigen.

Abstimmung:

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

Janine Pfister Meier (SP): Geschätzter Herr Einwohnerratspräsident, liebe alle in diesem Raum, es geht um die Kontonummer der Bibliothek 32103636.00. Im Budget unter dem Konto ist vorgesehen, im Rahmen der bestehenden Leistungsvereinbarung mit der Stadtbibliothek einen tieferen Beitrag festzulegen. Es geht hier um CHF 15'000, die weniger gesprochen werden sollen. Lenzburg ist ein Bildungsstandort und die Stadtbibliothek Lenzburg ist ein unverzichtbarer Kultur- und Bildungsort für unsere Gemeinde mit einem wichtigen und vielfältigen Angebot. Sie bietet nicht nur eine breite Auswahl an Büchern und Medien, analog und digital, sondern sie bietet auch zahlreiche Veranstaltungen und Angebote, die unser gesellschaftliches Leben bereichern und die Lesekultur fördern. Die Stadtbibliothek engagiert sich zum Beispiel besonders stark für die frühe Sprachförderung, die so wichtig ist, mit regelmässigen Veranstaltungen, wie Buchstart für 0-3-Jährige und Geschichten für

drei bis sechsjährige Kinder, also die ganz Jungen. Mit dem Aargauer Literaturhaus organisiert die Bibliothek ein- bis zweimal jährlich stufengerechte Autorenlesungen für die Schulklassen. Die Zusammenarbeit mit der Regionalschule hat sich in den letzten Jahren stark erweitert. Sie ermöglicht es den Klassen nämlich die Bibliothek an rund 30 Vormittagen pro Jahr zu besuchen. Die Klassen sind dann allein dort in der Bibliothek, ohne andere Gäste. Der Betrag, den die Schule für dieses Angebot zahlt, ist bei weitem nicht kostendeckend. Für Schüler und Schülerinnen gibt es ein weiteres ganz grosses Projekt, nämlich das Lesetandem. Dort betreuen Ehrenamtliche jede Woche rund 20 Schulkinder einzeln, um mit ihnen lesen zu üben und über die Sprache und Texte zu reden. Dies während einem ganzen Schuljahr. In einer breit angelegten Umfrage sind die Bedürfnisse der Benutzer und Benutzerinnen abgeholt worden und die Zufriedenheit ist mit 82,6% sehr gross. Besonders in unserer Stadt mit wachsender Diversität spielt die Bibliothek eine Schlüsselrolle bei der sozialen Integration und der Förderung der Chancengleichheit. Es ist für uns alle ein wertvolles Kulturgut, das zur Attraktivität der Stadt als Bildungsort beiträgt. Unsere Bibliothek trägt mit dem riesigen Angebot und dem vielfältigen Programm zur modernen Bildung bei und stellt sicher, dass alle Bürger und Bürgerinnen von ihren Ressourcen profitieren. Sie belebt ausserdem die Altstadt, ihr seht es etwa am Veloständer, es zieht viele Kinder und Familien oder Einzelpersonen in die Innenstadt und belebt die Rathausgasse. Ja, und Lenzburg wächst weiter und statt Kürzungen wäre eigentlich langfristig eher eine Erhöhung angebracht. Wir fordern das aber nicht. Wir möchten aber unbedingt den bisherigen Beitrag sichern, damit die wertvollen Angebote auch bei einer wachsenden Bevölkerung bestehen bleiben. Die Einsparungen würden nämlich sehr viele Menschen jeden Alters in Lenzburg treffen, darum lautet unser Änderungsantrag, die Stadt verzichtet auf die Budgetstreichung von CHF 15'000 für die Stadtbibliothek. Danke.

Claudia Casanova (Die Mitte): Geschätzte Damen und Herren von beiden Räten, die Mitte EVP Fraktion kann diesem Antrag zustimmen. Mir fällt auf, dass bei lokalen Angeboten wie Bibliothek, Volkshochschule, die hier verankert sind, die die Stadt ausmachen, die wichtig sind für das Kulturgut, für die Bildung dieser Stadt, dass dort die Leistungen gekürzt werden. Das finde ich tragisch, ganz ehrlich. Die Bibliothek ist ein wichtiger Standpunkt für unsere Kinder, für unsere Zukunft, für unsere zukünftige Generation. Wir wollen nicht, dass sie nur Texte am iPad lesen, wir wollen, dass sie in die Bibliothek gehen, wir wollen die Sprachförderung, wir wollen auch den Zugang zu anderen Sprachen fördern. Auch die deutsche Sprache soll gerade bei jungen Kindern, bevor sie zur Schule kommen oder wenn sie in die Schule kommen gefördert werden. Auch bei Schwierigkeiten beim Lesen ist die Sprachförderung wichtig und die ist genau da bei der Bibliothek am richtigen Ort. Diese Leistungen können nicht einfach gekürzt werden, da muss man wirklich unterstützen. Wir plädieren dafür, dass man diese lokalen Angebote unterstützt und mindestens bei dem bisherigen Betrag bleibt.

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Gäste, liebe Medienschaffende. Der Inhalt der Diskussion ist das eine, aber im Fall der Bibliothek besteht eine Leistungsvereinbarung. Wir haben in der GPFK vor einem Jahr schon einmal eine Diskussion über Leistungsvereinbarungen geführt. Wir haben gefordert, man möge diese Vereinbarungen regelmässig prüfen. Es fällt einfach auf, die Leistungsvereinbarungen über deren Beträge man jetzt diskutiert die gekürzt werden sollen sind alle aus dem Jahr 2017. Wir haben heute 2025 und reden über das Budget 2026. Ich habe den grossen Wunsch an den Stadtrat, dass die Leistungsvereinbarungen in der neuen Legislatur als allererstes angeschaut werden. Denn dann können wir uns nämlich auch die Diskussionen sparen, dann geht man auch anders vor, auch mit diesen Institutionen. Das ist für mich kein Vorgehen, das einer Stadt würdig ist. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung:

Der Änderungsantrag «Die Stadt verzichtet auf die Budgetstreichung von CHF 15'000 für die Stadtbibliothek» wird einstimmig angenommen.

Ivanka Bašic (SP): Geschätzte Anwesende die SP und Grüne-Fraktion stellen heute zusammen den Änderungsantrag für das Konto 5452.3637.00 auf Seite 100, Beiträge an private Haushalte. Wir beantragen, das Budget von CHF 900'000 auf CHF 967'000 zu erhöhen das entspricht einer Erhöhung von CHF 67'000. Wir möchten, dass der Entscheid, den wir parteiübergreifend im September 2023 beschlossen haben, auch so umgesetzt wird. Der Stadtrat schreibt im Budget in den Kommentaren, dass die familienergänzende Kinderbetreuung eine Subvention für den Mittagstisch von CHF 150'000 beinhaltet. Es ist vorgesehen, dass die Tarife im Elternbeitragsreglement erhöht werden. Also geschrieben wurde angepasst aber als ich die Zahlen bei der Verwaltung verlangt habe, sieht es eher nach einer Erhöhung aus. Am 14. September haben wir den Änderungsantrag von Regula Züger angenommen, in dem wir beschlossen haben, dass der einkommensabhängige Tarif für den Mittagstisch eine Deckelung von CHF 15 pro Kind enthält. Ursprünglich hat uns der Stadtrat damals vorgeschlagen den Mittagstisch für alle mit CHF 15 zu finanzieren. In meinen Abklärungen hatte ich Kontakt mit Christoph Hofstetter, Mark Jansen und Marc Lindenmann. In der Jahresrechnung 2024 haben die Subventionen und das Gratisangebot der Spielgruppe CHF 816'000.9665 gekostet. Für die Subvention des Mittagstischs sind jetzt zusätzlich CHF 15 erforderlich und daraus ergibt sich jetzt der Gesamtbedarf von knapp CHF 967'000. Die Begründung dafür ist, dass der Stadtrat plant, die Tarife im Beitragsreglement zu erhöhen. Das führt zu einer problematischen Umkehrung des Solidaritätsprinzips. Familien mit mittleren und tiefen Einkommen sollen mehr zahlen, weil der Mittagstisch gedeckelt ist und Eltern die besser verdienen, bezahlen denselben Preis. Das widerspricht dem Grundsatz einer bedarfsgerechten und sozial gestaffelten Finanzierung und untergräbt das Prinzip der Chancengleichheit. Das ist einfach nicht, was wir 2023 beschlossen haben. Statt dass die Starken die Schwachen unterstützen, werden jetzt Haushalte mit bescheidenem Einkommen für die Finanzierung des Angebots herangezogen was auch den Besserverdienenden zugutekommt. Wir haben nichts gegen das, das haben wir ja auch so beschlossen. Aber es kann nicht sein, dass man jetzt Elternbeiträge erhöht, um Subventionen tiefer zu halten. Im Namen der SP und den Grünen bitte ich euch, dem Antrag zuzustimmen, damit man auch verlässliche Politik machen kann, in der getroffene Beschlüsse eingehalten werden. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Es geht um den Antrag das Konto 5452.3637 von den budgetierten CHF 900'000 auf CHF 967'000 zu erhöhen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, dann stimmen wir darüber ab.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 21-Nein Stimmen zu 13-Ja Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Daniel Frey (EVP): Geschätzter Präsident, geschätzte Leute von beiden Räten, ich komme zum Konto 5450.3636.00. Es geht um den Beitrag an den Trägerverein familie+. Unser Antrag lautet, dass dieser Betrag von insgesamt CHF 52'000 erhalten bleibt. Statt dass die Totalsummen auf drei Kontos verteilt werden, soll die Summe nur im genannten Konto aufgeführt werden. Wir erwarten, dass in der nächsten Budgetrunde eine umfassende Analyse der Frühförderung gemacht wird. Auch hier haben

wir keine Leistungsvereinbarung und wir verlangen das dies ebenfalls gemacht wird. Familie+ ist eine gute Institution für Familien, welche viele Angebote hat und Familien in verschiedenen Belangen unterstützt. Wir bitten euch den Antrag der Mitte/EVP Fraktion zu unterstützen.

Stadträtin Beatrice Taubert: Danke Dani für den Antrag. Ich kann hier vielleicht noch ausführen was der Unterschied der bestehenden Leistungsvereinbarung von 2017 und der neuen des Jahrs 2026 ist. Wir sind seit anderthalb Jahren in Kontakt mit dem Familienzentrum und wollen eine gute Lösung schaffen. Im gegenseitigen Einverständnis mit dem Familienzentrum haben wir beschlossen, dass wir für das halbe Jahr, in dem das Gebäude der Stadt gehört, bis Ende Jahr keine Zwischenleistungsvereinbarung treffen. Damit war das Familienzentrum einverstanden. Jetzt sind wir daran eine neue Leistungsvereinbarung zu machen. Jetzt möchte ich nur kurz ausführen, was der Unterschied ist zwischen der alten Leistungsvereinbarung und dem, was die neue Leistungsvereinbarung beinhalten könnte. Da sind wir jedoch immer noch in der Erarbeitung. In der bestehenden Leistungsvereinbarung steht, dass die Bewirtschaftung und der Unterhalt des Gebäudes dazu gehört, ebenso die Vermietung des Gebäudes und die Koordinationsstelle ergänzende Kinderbetreuung. Das alles geht im Jahr 2026 an die Stadt über. Dann erhält der Trägerverein für das ganze Jahr 2026 sämtliche Räume für alle Angebote gratis. Das Angebot des Trägerverein familie+, also das Betreiben der Spielgruppen, sollte mit den Gratisräumlichkeiten und den Elternbeiträgen selbsttragend sein. Ebenso das Integrationsprogramm «Tür öffnen» und die fremdsprachigen Kindergeschichten von Family Literacy sollten mit den KIP-Beiträgen selbsttragend sein. Das bedeutet, dass das Familienzentrum die CHF 30'000 für weitere Angebote und das Führen des Familienzentrums erhält. All diese zuvor genannten Aufgaben, entfallen dann. Der Stadtrat ist der Meinung, dass man mit CHF 30'000 ein Familienzentrum betreiben kann, selbst wenn der Anteil der freiwilligen Arbeit mittlerweile massiv zurückgegangen ist.

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, liebe verbliebene Gäste, ich möchte noch einmal auf familie+ zurückkommen. Dani hat den zweiten Antrag noch nicht vorgestellt, aber ich finde es wichtig in diesem Zusammenhang dies zu hören. Es geht um die Frühförderung in Lenzburg. In Lenzburg gibt es verschiedene Organisationen: Die SPF+ bietet sozialpädagogische Familienbegleitung an, die Stiftung Netz betreut Familien heilpädagogische, und der Verein VEB bietet ebenfalls Familienbegleitung an. Das VEB begleitet insgesamt fünf Familien in Lenzburg für CHF 43'000. Das ist ein sehr hoher Betrag. VEB hat keinen Standort in Lenzburg, dieser Verein ist in Aarau angesiedelt. Hier haben wir das familie+. Es werden insgesamt mehr als 50 Familien betreut. Es gibt Spielgruppen, Krabbelgruppen oder verschiedene integrative Projekte. Auf jeden Fall hat es einen Standort in Lenzburg und es gibt Menschen, die sich für das Zentrum einsetzen. Es ist eine Organisation von hier, wie die Bibliothek oder die Volkshochschule. Wir finden es falsch, auch ohne eine neue Leistungsvereinbarung, die noch kommen wird, jetzt Leistungen zu kürzen. Einerseits für die Leute, die dort arbeiten andererseits, auch weil wir möchten, dass zuerst eine Gesamtanalyse über die frühe Förderung vorliegen sollte, mit allen vorher genannten Institutionen. Wir müssen wissen, was unser Ziel ist und was wir wollen und dann können wir meinetwegen Leistungen kürzen oder erhöhen aber nicht jetzt. Der zweite Antrag kommt dann später noch. Wir möchten da den Betrag um CHF 22'000 beim Verein VEB kürzen und einsparen. Wir geben diesen Betrag dem familie+. Es ist im Budget verwirrend geschrieben. Die Beiträge an das familie+ sind auf drei Kontos verteilt. Das sieht man nicht auf den ersten Blick. Aber uns ist wichtig, dass wir den Betrag für familie+ gleich lassen. Es ist eine Institution von Lenzburg.

Francis Kuhlen (FDP): Es gibt keine Vorlage, bei welcher so viele Mails in den letzten 24 Stunden hin und her gegangen sind wie für diesen Posten. Ich finde es bizarr, wenn auf der einen Seite der Stadtrat sagt, wir sind schon anderthalb Jahre in der Diskussion für einen Leistungsauftrag mit familie+ und er uns auf der anderen Seite aufzählt, was der Verein leistet und wenn ich dann lese, was er effektiv macht, ist das sehr verwirrend, weil kein Konzept vorhanden ist. Gut man hat in den anderthalb Jahren das Haus gekauft als Teil einer Lösung. Wir wissen alle, dass die frühe Förderung wichtig ist. Vor allem unter den veränderten Umständen mit der Migration. Aus meiner Sicht braucht es dringend ein Konzept und eine Leistungsvereinbarung. Mein Vorschlag, den ich auch meinen Parteikolleginnen und Kollegen zugestellt habe, wäre folgender. Man kürzt heute nicht und lässt es wie es ist. Aber Bedingung muss sein, dass sich der Stadtrat und familie+, bis Ende 1. Quartal 2026 auf eine Leistungsvereinbarung und ein Konzept einigen und dieses unterschrieben ist. Dann bin ich bereit das zu unterstützen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte Claudia Casanova und Eric Scherer Casanova in den Ausstand zu treten, wegen Befangenheit.

Abstimmung:

Der Änderungsantrag, die Beiträge an das Familienzentrum familie+ sollen bei insgesamt CHF 52'000 beibehalten werden wird mit 13 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

Daniel Frey (EVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe noch einen zweiten Antrag angekündigt. Es geht um das Programm Leiterli. Dieses Programm ist ebenfalls ein Angebot der Frühförderung. Der Budgetbetrag ist um CHF 41'300, von CHF 135'000 auf CHF 93'700 zu reduzieren. Der Beitrag von CHF 41'300 für das Leiterli soll gestrichen werden. Die Begründung ist wie folgt: Das Frühförderprogramm Leiterli ist mit über CHF 41'300 ein hoher Budgetposten und kommt fünf Familien jährlich zugute. Die Familien werden dabei besucht und mit Inputs zur Kindererziehung begleitet. Es handelt sich dabei um ein externes Angebot des Vereins VEB. Der VEB hat keinen Standort in Lenzburg und die Mitarbeitenden kommen von ausserhalb zu den Familien. Bei den Mitarbeitenden des Vereins VEB handelt es sich um Personen mit der Ausbildung Fachperson Betreuung, also KiTa-Betreuerinnen. Es gibt schon zwei bestehende Anbieter eines ähnlichen Angebots: Stiftung Netz ist der Anbieter für heilpädagogische Früherziehung und Logopädie im Frühbereich im Kanton Aargau. SPFPlus bietet sozialpädagogische Hilfe für Familien und hat eine Regionalstelle in Lenzburg. Beide arbeiten mit dem familie+ zusammen.

Stadträtin Beatrice Taubert: Dem Stadtrat ist die frühe Förderung wichtig, darum hat er sie auch in der Legislatur als Schwerpunkt definiert. Auch dem Einwohnerrat sind Kinder und Familien wichtig, darum ist der Vorstoss eingereicht worden. Lenzburg soll eine kinderfreundliche Stadt werden und das UNICEF-Label soll geprüft und erlangt werden. Aufgrund dieser Analyse sind neue Angebote aufgegleist worden, im speziellen, im Frühförderbereich. Eines dieser Angebote ist dann eben das Leiterli gewesen. Ein Leitbild und ein Konzept für die frühe Kindheit haben wir schon lange auf dem Plan, haben aber aus Kapazitätsgründen keines erstellen können. Es ist immer das Tagesgeschäft und die Betreuung der Mitarbeitenden, die dem Entgegenstehen. Auf dem Plan wäre es schon lange, aber wir haben es nicht geschafft, weil wir das Ziel hatten, die bestehenden Akteure und Institutionen in diesem Bereich in den Prozess einzubeziehen. Das Leiterli richtet sich an Familien mit

entwicklungsgefährdeten Kindern ab 4 Monaten. Es ist ein niederschwelliges, aufsuchendes sozialpädagogisches Frühprogramm. Das Ziel ist, eine ganzheitliche und spielerische Förderung und Unterstützung im Familienalltag einzubringen und eine Anschlusslösung nach Abschluss des Programms zu garantieren. Zum Beispiel Eintritt in eine Spielgruppe oder in eine Kita. Auch die Kompetenzen der Eltern zu stärken und den Familien unser Sozial- und Bildungssystem näherzubringen. Dafür hat das Programm 18 Monate vorgesehen. Die Familien werden regelmässig besucht. Vereinbart sind, dass der Besuch in den ersten sechs Monaten wöchentlich und nachher 14-täglich stattfindet. Die Engmaschigkeit und Kontinuität bieten die besten Voraussetzungen, um eine stabile Beziehung zu der Familie aufzubauen, das Vertrauen gewinnen zu können und damit die Ziele zu erreichen. Bei den Besuchen bringen die Begleiterinnen altersgerechtes Spielmaterial mit, das bei der Familie bleibt und wiederholt genutzt werden kann. Die anwesenden Elternteile werden zudem einbezogen, bei Bedarf zu weiterführenden Fragen beraten oder an eine Fachstelle verwiesen. Die Arbeit mit den Kindern und der Familie wird regelmässig und sorgfältig dokumentiert und aufgrund des Entwicklungsstands des Kinds wird der weitere Förderbedarf analysiert. Dadurch ist ein prozessorientiertes, professionelles Arbeiten garantiert. Damit ist das Angebot Leiterli in keiner Art und Weise Konkurrenz zu der Stiftung Netz oder SPF+. Im Gegenteil, es ist eine wichtige und bereichernde Ergänzung. Die Stiftung Netz steht im regelmässigen Austausch mit dem Leiterli und schätzt das Angebot. Die Stiftung Netz richtet sich schwerpunktmässig an Familien mit Kindern, die einen heilpädagogischen Förderbedarf ausweisen, wo spezifisch ausgebildete Personen, zum Beispiel Logopädinnen, notwendig sind. Das Leiterli hingegen richtet sich schwerpunktmässig an sozial benachteiligte Familien mit gesunden und entwicklungsgefährdeten Kindern und Eltern, die Unterstützung bei den Erziehungsaufgaben brauchen. Erste Wirkungen sind bereits erkennbar. Das Leiterli-Angebot wird besonders vom Kindergarten Lenzburg sehr geschätzt, das haben diejenigen von euch, die am letzten Anlass «Schule trifft Politik» gewesen sind, vernommen. Es sind bereits mehrere Familien von Kindergartenlehrpersonen an das Leiterli vermittelt worden, wenn bei einem grösseren Geschwister ein Förderungsbedarf festgestellt wurde. Die Rückmeldungen zur Entwicklung der Kinder sind durchwegs positiv. Im Weiteren schätzt der Sozialdienst das Angebot. Jetzt hat nämlich eine bereits belastete Familie an das Leiterli vermittelt werden können. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die frühen Investitionen in diese Familien langfristig zu grossen Kostenersparnissen bei Förderangeboten der Schule führen. Das Leiterli ist aktuell auf Erfolgsspur. Die Familien, der Kindergarten und der Sozialdienst schätzen die wertvolle und entlastende Unterstützung und Begleitung. Alle Plätze sind besetzt, drei davon von Familien, welche beim Sozialdienst sind. Es besteht auch in Lenzburg bereits eine Warteliste. Deshalb möchte der Stadtrat das langjährig erprobte Programm auch in Lenzburg fortzuführen. Der VEB hat dies 2016 ins Leben gerufen und wir würden gerne mit diesem professionell tätigen und erfahrenen Verein weiterarbeiten. Der konkurrenziert die bestehenden Angebote hier auf dem Platz Lenzburg gar nicht, im Gegenteil, er ist ja selbst auch da gewesen mit den Tagesstrukturen. Der Stadtrat bittet euch, das Geld zur Verfügung zu stellen, damit die Kinder und die Familien weiterhin davon profitieren können. CHF 8'260 pro Jahr für eine Familie mit mehreren Kindern, oder CHF 688 pro Monat für eine Familie, soll nicht zu viel sein. Spätere Massnahmen im schulischen oder sozialen Bereich sind garantiert teurer. In dem Sinn bitten wir euch. den Antrag auf Streichung des Angebots Leiterli abzulehnen. Danke.

Thomas Schaer (SP): Geschätzte Anwesende, ich habe einfach so ein paar grundsätzliche Verständnisschwierigkeiten, wenn ich ehrlich sein darf. Vielen Dank für die guten Ausführungen seitens des Stadtrats, um was es inhaltlich geht. Ich habe vorhin so verstanden, dass man die Unterstützung für die familie+ erhöhen und den Betrag kompensieren möchte beim Leiterli. Das war die Argumenta-

tion vorhin am Mikrofon. Daneben wird ausgeführt, dass man nur noch solche Sachen unterstützen möchte, die wirklich auch eine Stelle in Lenzburg haben, die vor Ort sein müssen. Das finde ich eine ein bisschen komische Argumentation, gilt das für alle Angebote, welche in der Stadt bezogen werden können oder nur für gewisse Themenbereiche. Ich kann mich erinnern, wir haben über das Leiterli hier drin schon intensiv diskutiert. Wenn ich mich nicht irre waren ursprünglich CHF 80'000 vorgesehen um 10 Familien begleiten zu können. Dann wurde der Betrag auf CHF 40'000 gekürzt, soweit ich weiss sogar seitens des Stadtrats. Jetzt soll der Betrag auf CHF 20'000 gekürzt und noch 2,5 Familien unterstützt werden. Für mich geht die Argumentation da nicht ganz auf. Wenn man das Geld ausgleichen möchte was an familie+ gesprochen werden soll, das wurde vorhin abgelehnt, dann müsste man konsequent sein und diesen Antrag zurückziehen. Oder man sagt 2,5 Familien zu unterstützen macht keinen Sinn. Der Stadtrat wollte das Projekt mal drei Jahre laufen lassen, nächstes Jahr wäre das dritte Jahr um das es hier geht. Dann sollte man den Antrag stellen, dies komplett zu streichen und einzustellen. Ein Zwischending verstehe ich nicht und ich weiss auch nicht, wie ich dazu stehen soll.

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, Ruedi und ich hatten in der GPFK die Ehre die Sozialen Dienste zu kontrollieren und zu hören, welche Probleme es dort gibt. Was Jahr für Jahr immer grössere Sorgen bereitet, sind die Jugendlichen, die gerade nach der obligatorischen Schule wieder zu den Sozialen Diensten zurückkehren. Bei denen begannen die Probleme nicht erst da. Die Probleme begannen früh. Dieses Leiterli ist ein ergänzendes Programm, das die Chance bietet, dass eben diese Kinder und Familien sehr früh begleitet werden können und sie aus diesem Kreis herauskommen, in dem sie drinstecken. Es gibt eine Studie, die sagt, für einen Meter Bücher gibt es einen IQ-Punkt mehr pro Kind. Das liegt nicht an den Büchern, das liegt an der Voraussetzung, in der ein Kind aufwächst. Wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, dann braucht es externe Betreuung. Dinge, die von aussen kommen und dem Kind helfen eine Chance zu haben. Meine Frau ist Kindergärtnerin. Da kommen zum Teil Kinder in den Kindergarten, die haben noch nie eine Schere in der Hand gehabt, die wissen nicht, wie draussen spielen, die wissen nicht, was dreckig machen ist. Das ist leider so in unserer Gesellschaft. Man kann sagen, okay, selbst schuld, aber das Kind kann eigentlich nichts dafür, dass es dort aufgewachsen ist. Das Leiterli Programm versucht mit diesen Mitteln, mit diesen angeleiteten Spielen, mit diesen feinmotorischen Förderungen, genau den Kreis zu durchbrechen. Damit eben auch ein solches Kind eine Chance hat. Nur weil es in die «falsche» Familie geboren wurde, muss es doch nicht bestraft werden. Also schauen wir doch lieber, dass es von Anfang an einen Kickstart bekommt und dafür nachher ein Genie wird, das uns irgendwann einmal Steuererträge bringt und das wieder wettmacht. Vielen Dank.

Daniel Frey (EVP): Geschätzte Damen und Herren, liebe Bea, vielen Dank für deine Erklärungen. Diese haben viel Licht ins Dunkle gebracht. Wir haben gerade beschlossen, dass wir den Antrag zurückziehen und er gegenstandslos wird. Danke.

Eric Scherer (SVP): Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Mitglieder der beiden Räte, liebe Gäste, liebe Medienschaffende, ich denke, wir haben heute wirklich einen spannenden Tag, und wir haben heute den Tag, an dem Lenzburg versagt. Anders kann man das nicht sagen. Wir reden hier vom Budget. Wir schaffen es nicht, hier irgendwelche Grundzüge hinzukriegen, wie wir mit diesem Budget umgehen können. Bea, ich teile deine Meinung, das ist ein super Programm. Wir können super Programme machen, die sind auch toll. Ich teile auch deine Meinung, Adrian, es gibt ganz viele Menschen, die arm sind auf dieser Welt und auch in Lenzburg, die arm dran sind, aber wir

können nicht Einzelförderungskonzepte machen. Das sage ich auch als jemand, der sich mit diesem Thema beschäftigt. Ich bin Vereinspräsident von einem Elternverein, der sich mit Kindern mit kognitiven Beeinträchtigungen beschäftigt. Wir stecken hier CHF 8'000 in einzelne Familien und diese Gruppe, die hier sass, hat gerade eben CHF 15'000 für 50 Familien abgelehnt. Da würde ich fast sagen, ich weiss nicht, was ich davon halten soll, aber ich finde es total daneben. Der grosse Elefant, der im Raum steht, sind die Budgetprobleme der Stadt Lenzburg. Wir diskutieren hier über kleinere und grössere Beträge. Ich würde am liebsten den Beitrag komplett kürzen. Ich sehe da keinen Sinn drin und das sage ich ganz bewusst nicht, weil diese Aktion schlecht ist und nicht, weil die Leute schlechte Arbeit machen, sondern weil einfach das Mengengerüst nicht stimmt. Ich glaube, das müssen wir uns alle unter die Nase schreiben, wir sind hier für die Stadt Lenzburg da, wir sind nicht für fünf Familien da und dementsprechend bitte ich, dem Antrag zuzustimmen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Das ist eine schwierige Situation, der Antrag wurde zurückgezogen. Es müsste ein neuer Antrag gestellt werden.

Stadträtin Beatrice Taubert: Ich bedanke mich bei Dani für den Rückzug dieses Antrags. Ich finde es schade, dass man das eine Angebot gegen das andere ausspielt. Bei diesen fünf Familien geht es darum Nachfolgekosten und Investitionen zu sparen. Es sind kleine Investitionen, bei denen viel gespart werden kann.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir sind noch bei Abteilung 5. Gibt es weitere Wortmeldungen oder Anträge. Das scheint nicht der Fall zu sein, gehen wir zur Abteilung 6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ein Änderungsantrag zu der Abteilung 6, 6151, Parkierungsanlagen, Konto 315100, Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge. Ich lese mal zuerst den Antrag vor und dann begründe ich, warum. Wir stellen den Antrag, die CHF 60'000 für den Ersatz der Sensoren und Repeater beim Parkleitsystem Schloss bis zur Vorlegung des Konzepts und Anbieterauswahl eines flächendeckenden Parkleitsystems für Lenzburg zurückzustellen. Warum? Wir wollen langfristig ein Parkleitsystem in Lenzburg einrichten. Wenn wir jetzt hingehen und eine einzige Anlage anfangen zu sanieren, dann machen wir eigentlich eine Stückelung des ganzen Auftrags. Wenn wir nachher dann später das ganze Parkleitsystem ausschreiben, dann ist eigentlich eh schon klar, wer der Anbieter sein wird. Wir umgehen eigentlich, indem wir nachher die Ausschreibung machen und sagen, es muss darauf kompatibel sein, schon fast das Submissionsverfahren. Deshalb will ich lieber ein richtiges Konzept haben. Eines das man offerieren lässt und sagt gut wir gehen diesen Teil als Erstes an mit dem Anbieter an, der gewinnt. Ansonsten haben wir wieder Folgekosten. Deshalb bitte ich euch, diesem Antrag zuzustimmen.

Stadtamman Daniel Mosimann: Geschätzte Anwesende, es geht hier um einen Ersatz eines bestehenden kleinen Parkleitsystems, welches man seit 2016 beim Schlossparkplatz hat. Wenn man dieses Pflästerchen nicht anbringt, reisst man eine grosse Wunde auf. Man hat am Nordhang des Schlosses gute Erfahrungen gemacht mit diesem Parkleitsystem und konnte den Suchverkehr im Quartier vermindern. Die Kombination Schloss und Berufsschule funktioniert gut. Ob ein Gesamtparkleitsystem kommt, stelle ich nach den Äusserungen des Einwohnerrats bei der letzten Budgetdebatte in Frage. Ich finde es scheinheilig, wenn man jetzt kommt und sagt man müsse warten, bis ein gesamtes System kommt. Denn genau dieser Einwohnerrat hat im letzten Jahr das Geld für ein solches Konzept aus dem Budget gestrichen. Jetzt möchte man etwas ersetzen mit dem man gute

Erfahrungen gemacht hat, weil es nicht mehr funktioniert. Dieser Ersatz wird zusammen mit den Bauarbeiten der Sanierung der Bushaltestelle im Schloss vorgenommen. Deshalb bitte ich den Einwohnerrat, das Parkleitsystem, das sich bewährt hat und den Anwohnenden in diesem Quartier zugutekommt nicht aus dem Budget zu streichen. Danke.

Marcel Strebel (FDP): Geschätzte Anwesende von beiden Räten, Presse, Gäste und selbstverständlich auch die Verwaltung, die vergisst man immer gerne. Adrian, ich danke dir für den Antrag. Ich frage mich nämlich schon, über den Sinn und Zweck des Leitsystems, obwohl es unser Stadtamman versucht hat, zu erläutern, wie viel das bringt für dieses Quartier. Ist denn dieses Quartier wichtiger, besser, schwieriger zu handeln als die restlichen 95 % des Stadtbanns? Ich persönlich glaube es nicht, ich würde sogar noch weitergehen, wenn ich den Antrag gemacht hätte, hätte ich gesagt, nicht nur den Unterhalt nicht machen, sondern das System gerade abmontieren, denn im Rest der Stadt brauchen wir es auch nicht. Ich unterstütze den Antrag von Adrian. Danke.

Stadtamman Daniel Mosimann: Man darf eines nicht vergessen, das Quartier mit dem Schloss ist durch Verkehr und durch Schlossbesucher schon zusätzlich belastet. Man hat 100'000 Besucherinnen und Besucher auf dem Schloss pro Saison und ein grosser Teil davon kommt mit dem motorisierten Individualverkehr. Wenn man dort den Suchverkehr in diesem Quartier verhindern kann, kommt das zum einen dem Quartier zugute, zum anderen kommt es ebenfalls den Spaziergängerinnen und Spaziergängern zugute, die zum Schloss spazieren. Das hilft auf alle Fälle. Man hat die Erfahrung und es hat sich bewährt.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Gut, wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung:

Der Antrag die CHF 60'000 für den Ersatz der Sensoren und Repeater beim Parkleitsystem Schloss bis zur Vorlegung des Konzepts und Anbieterauswahl eines flächendeckenden Parkleitsystems für Lenzburg zurückzustellen wird mit 16 Ja Stimmen zu 16 Nein Stimmen und 2 Enthaltungen und dem Stichentscheid des Einwohnerratspräsidenten, welcher ja stimmte, angenommen.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzte Anwesende, wir gehen auf die Seite 108, übrige Bekämpfung von Umweltverschmutzung, Dienstleistung Dritter. Es ist das Konto 76903130.01. Unser Antrag lautet, die vorgesehenen Kosten von CHF 16'000 externen Kosten für das Re-Audit Energiestadt mit Option Gold Label sind ersatzlos zu streichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir für die Umwelt etwas machen wollen, so sind Daten gefragt und nicht Label, sprich Bürokratie. Wir möchten die Bürokratie abbauen und nicht aufbauen. Wir stellen uns die Frage, was denn Herr und Frau Lenzburger davon hat, wenn wir ein Gold-Label haben mit Kosten von CHF 16'000 plus dem nicht aufgeführten, internen Aufwand. Gar nichts hat man von diesem Label. Die einzigen, die viel von diesem Label haben, ist die Firma, die das Label vergibt, die haben dort ein bisschen Arbeit, die können eine Rechnung stellen, mehr haben wir nicht. Springen wir doch bitte über den Schatten, lasst uns das Label ersatzlos streichen, pflanzen wir beispielsweise für CHF 6'000 zwei Bäume irgendwo und sparen wir die anderen CHF 10'000. Oder wir setzen nur einen Baum und stellen eine Bank dazu und den Rest des Gelds sparen wir. So haben wir für die nächsten 60 Jahre einen sichtbaren Erfolg, dass wir etwas für das Klima gemacht haben. Besten Dank.

Roland Locher (GLP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder von beiden Räten, geschätzte Gäste, werte Vertreter der Presse, liebe Verwaltung. Das Energiestadt-Label ist für Lenzburg aus mehreren Gründen von zentraler Bedeutung. Wir haben eine nachhaltige Entwicklung und einen Klimaschutz, dem wir nachgehen. Lenzburg hat sich verpflichtet, energiebewusst in die Zukunft zu gehen und der Herausforderung des Klimawandels und der Ressourcenverknappung zu begegnen. Das Label bestätigt, dass die Stadt eine nachhaltige kommunale Energiepolitik hat und durch die Förderung von erneuerbarer Energie, einer umweltfreundlichen Mobilität und einer effizienten Ressourcennutzung vorwärtsgeht. Aber was bringt es? Das Label ist sicher schön zum Anschauen, aber grundsätzlich dient es als Qualitätsmanagement-Instrument und das ist das Wichtige. Da wird alle vier Jahre durch ein Re-Audit die Verwaltung überprüft, es schafft Transparenz. Das Label ist nicht nur eine offizielle Auszeichnung im Rahmen des Bundesprogramms Energie Schweiz, sondern es gibt uns einen klaren Rahmen, einen Leitfaden in der Zusammenarbeit des Stadtrats, der Verwaltung und der Energiekommission. Das ist eigentlich das, was das Label ausmacht und nicht die Tafeln am Eingang der Stadt. Die Bevölkerung kann sich mit dieser Energiestadt identifizieren und erwartet dann auch zu Recht, dass wir uns bei Energie und Klima weiterentwickeln. Das Label stärkt die Kommunikation und die Kooperation zwischen diesen verschiedenen Trägern. Für wenig Geld, und zwar rede ich jetzt nicht vom Goldlabel, von CHF 8'000, das sind in vier Jahren CHF 2'000 pro Jahr, können wir durch das Qualitätsmanagement erhöhte Transparenz, Verwaltungsinterviews, Kantonsunterstützung und einen guten Rahmen für unsere Tätigkeit erwerben. Ich denke, das ist es mehr als wert und ich bitte darum diesen Antrag abzulehnen.

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzte Damen und Herren, der Schnellere ist der Geschwindere. Unser Antrag wäre der gleiche gewesen, wenn auch ein bisschen mit einer anderen Begründung. Auch wir hätten den Antrag gestellt, die CHF 16'000 ersatzlos aus dem Budget zu streichen. Begründung: Aktuell sind es 369 Gemeinden in der Schweiz, welche das Label Energiestadt haben. Weitere 111 Gemeinden und Städte tragen das Label Energiestadt Gold. 1991 erstmals vergeben durch Herrn Bundesrat Adolf Ogi. Insbesondere in den letzten zehn Jahren ist die Zahl der auditierten Gemeinden und Städte stagniert. Diverse Kritik ist immer wieder laut geworden, ob die Effektivität des Labels irgendwo noch einen Mehrwert bringt. Ein prominentes Beispiel aus dem Engadin ist St. Moritz. Wir müssen uns zwingend vom Gedanken verabschieden, dass Merkblätter, Label und schöne Worte effektiven Umweltschutz betreiben, meine Damen und Herren. Die Legitimation vor 34 Jahren bei der Einführung dieses Labels ist sicher gerechtfertigt gewesen, als es darum ging, neue Arten von Energieversorgung zu promoten, bekanntzumachen, umzusetzen. Die Stadt hält die Zertifizierung seit Jahren und ebenso lange verfügen wir über einen umfangreichen Massnahmenkatalog. Als Eigentümerin der SWL haben wir es selbst in der Hand, nicht nur ein Label zu besitzen, sondern tatsächlich auch zukunftsorientierte Energieversorgung umzusetzen, zeitnah, effektiv und effizient. Des Weiteren liegt es an uns, die Massnahmen umzusetzen. Aber wir investieren lieber Geld, und das haben wir schon x-mal hier drin diskutiert, ob wir Geld ausgeben wollen für irgendwelche gedruckten Worte oder effektiv für Umsetzungen. Meine Damen und Herren, mit dem Ersatz von Glühbirnen retten wir die Umwelt nicht, mit einem schönen Label der Stadt retten wir die Umwelt nicht und mit Merkblättern retten wir sie ebenfalls nicht. Wir machen es, indem wir endlich die Massnahmen umsetzen, dass die SWL auch effektive Fernwärme installiert in Lenzburg und nicht nur projektiert. Danke.

Sigrid Schärer (Grüne): Liebe Anwesende, ich habe mir viele Gedanken gemacht während den Gesprächen. Ich bin selbst interne Auditorin in einer Dienstabteilung der Stadt Zürich und wurde selbst

schon mehrmals bei der ISO 14001 auditiert, das ist das Umweltmanagementsystem. Dort geht es nicht nur um das Label, sondern es geht genau um das, was wir heute Abend schon sehr oft gehört haben, nämlich die Optimierung, die Effizienzsteigerung etc. Mit diesen Feedbacks, die wir bei diesen Audits erhalten, kann man sich verbessern und manchmal ist es so, dass man vielleicht nicht alles selbst entdeckt. Ja, wir haben Massnahmen, aber wenn wir von extern, relativ günstig einen Einblick erhalten, was verbessert oder effizienter gestaltet werden kann ist das doch gut. Es werden immer Vorschläge gewünscht was gemacht werden könnte und dann werden sie abgelehnt. Das finde ich ein bisschen lächerlich. Deswegen bin ich dafür, dass diese Rezertifizierung gemacht wird und werde den Antrag ablehnen.

Anja Kroll (Grüne): Geschätzte Anwesende, liebe Sigrid, danke, ich wollte auch noch einmal darauf hinweisen, wie wertvoll doch die Prozesse fürs Lernen sind. Es ist ja so, dass diese knapp 75 %, die wir jetzt haben, immer in Bezug auf das vergeben oder gemessen werden, was grundsätzlich möglich ist. Dann nimmt das Wissen zu und deswegen sind diese Prozesse von der Rezertifizierung tolle Lernmöglichkeiten, weil die Stadt jedes Mal erfährt, was eigentlich heutzutage alles möglich ist, und das ist der Wert von diesen CHF 2000 pro Jahr, so bleibt man à-jour und kann sich mit anderen Gemeinden vergleichen. Ich bin keine Freundin von Goldstandards und ich habe gehört, der Stadtrat ist sich auch noch nicht ganz sicher, ob er den Goldstandard wirklich anstrebt. Ich denke aber, die Energiestadt, die brauchen wir schon und an den Kollegen der FDP, ich nehme an, ihr versteht alle Englisch. Ich lese mal was vor auf Englisch. Energiestadt-Municipalities have a particularly strong commitment to building and extending district heating and cooling networks fed by renewable energies. Switzerland's energy and climate policy goals can only be achieved Through joint, coordinated efforts at the federal, cantonal and municipal levels. We must overhaul our energy supply to minimize CO2 emissions in an economically sustainable way. Und wer hat das gesagt? Das hat Thierry Burkhardt gesagt.

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, an dem Gold-Standard sehe ich auch nicht viel, was Sinn macht. Aber dass wir das Controlling ganz aufgeben, finde ich eben auch wieder falsch. Es braucht irgendetwas dazwischen, mir egal, ob es das Energiestadt-Label ist oder ein anderes Controlling. Wenn ihr ein günstiges Modell findet, bei dem wir denselben Effekt erzielen, machen wir das gerne. Im Moment fällt mir kein Schlaueres ein. Deshalb würde ich sagen, der Stadtrat soll doch einfach auf das Gold-Label verzichten und wir verzichten dafür darauf, den Budget-Posten ganz zu streichen und reduzieren ihn um CHF 8'000.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung:

Der Antrag die vorgesehenen Kosten von CHF 16'000 externen Kosten für das Re-Audit Energiestadt mit Option Gold Label sind ersatzlos zu streichen wird mit 17 Nein Stimmen zu 15 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Adrian Höhn (GLP): Dann stelle ich den Antrag auf den Gold-Standard sei zu verzichten und das Re-Audit Energiestadt sei normal zu zertifizieren mit CHF 8'000.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung:

Der Antrag den Betrag für die Zertifizierung sei auf CHF 8'000 zu reduzieren wird mit 28 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Adrian Höhn (GLP): Ein Änderungsantrag zu Abteilung 7 7690, Übrige Bekämpfung von Umweltverschmutzung, Konto 3636, Beiträge an private Organisationen. Wir stellen den Antrag, das Budget des Klimafranken bei 1 Franken pro Einwohnerin und Einwohner zu belassen und den Ausgabeposten, um CHF 6'000 auf CHF 12'000 zu erhöhen. Die IG Klimazukunft und ihre Arbeit mit dem Klimafranken ist eigentlich ein Beschluss des Einwohnerrats, dass man das so unterstützt. Der Beschluss ist nicht so alt und was dafür zurückkommt, will ich euch jetzt nochmal kurz erzählen. Mit diesen CHF 12'000 schaffen wir jetzt im Jahr 2025 eine Wertschöpfung von CHF 30'000 für die Stadt, indem wir die zwei Pocket Parks umsetzen. Beispielsweise indem wir die Flächen beim Aabach, Ecke Bachstrasse, aufwerten. Diese Aufwertung erscheint nicht im Unterhalt. Die Kostenschätzung von CHF 30'000 hat uns der Gärtner ausgerechnet. Mit Freiwilligenarbeit und Sponsoring schaffen wir es, dies für CHF 12'000 zu erledigen. Wenn wir den Klimafranken jetzt kürzen, wird es von unserer Seite her auch weniger freiwillige Leistung geben. Wir werden das nicht bewerkstelligen können, denn wir brauchen das Geld für Material oder für Arbeiten, die wir nicht machen dürfen, weil es einen Haftungspartner braucht. Die Stadt lässt uns nicht im Leitungsbereich mit einem Bagger graben. Gewisse Arbeiten müssen ausgelagert werden, sonst haften wir mit dem Vereinsbudget. Aber sonst erledigen wir alles mit Freiwillligenarbeit und der Mehrwert für die Stadt ist um einiges höher. Ohne dieses Budget sind wir gezwungen uns auf ein nicht so praktisches Anwendungsfeld zu beschränken. Wir wollen praktisch umsetzen, wir wollen für die Stadt eine Leistung erbringen, wir mobilisieren unsere Freiwilligen und mit dem Multiplikator durch Sponsoring, den wir so erbringen können, wie es die Stadt nicht kann, erreichen wir wirklich einen Mehrwert für die Stadt. Wir bitten euch, dementsprechend den Klimafranken nicht in einen Klimahalbfranken zu ändern, sondern in Klimafranken sein zu lassen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Wir stimmen über den Antrag ab.

Abstimmung:

Der Antrag das Budget des Klimafranken bei 1 Franken pro Einwohnerin und Einwohner zu belassen und den Ausgabenposten, um CHF 6'000 auf CHF 12'000 zu erhöhen wird mit 33-Ja Stimmen und 0 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Roland Locher (GLP): Ich komme noch einmal mit dem gleichen Konto, das 3130.01. Christoph jetzt geht es wirklich um Ausführungssachen und nicht um Labels, den Betrag so zu erhöhen, dass wir zusammen mit dem Klimafranken auf CHF 100'000 kommen. Und wieso wollen wir das? Die Konzessionsabgabe beträgt in Lenzburg CHF 500'000 und wird verbrauchsabhängig auf die Endkonsumenten übertragen. Der Stadtrat hat im Jahr 2013 beschlossen, dass ab 2014, 20 % dieser Konzessionserträge zweckgebunden eingesetzt werden, und zwar für Förderbeträge oder Massnahmen im Bereich des Energiestadtlabels. Das heisst, grundsätzlich wollen wir das so einsetzen, dass wir dort eben Energiemassnahmen und Klimamassnahmen mit dem Geld, das zweckgebunden ist, umsetzen. Diese CHF 100'000 die wir jetzt vorliegen haben, inklusiv des Klimafrankens von CHF 12'000. Dann bleiben noch CHF 88'000. Vorhin haben wir vom Goldlabel CHF 8'000 abgeschränzt, darum lautet mein Antrag, den Betrag von CHF 70'000 auf CHF 80'000 zu erhöhen. Der Einwohnerrat hat im Budget 2024 einen Posten von CHF 50'000 für eine Studie abgelehnt mit der Begründung, dass ja ein

zweckgebundener Betrag von CHF 100'000 zur Verfügung stehen. Dies haben wir so nie zweckgebunden erhalten. Dem soll damit Rechnung getragen werden. Ich bitte euch dies so zu befürworten.

Stadtamman Daniel Mosimann: Vielen Dank für diesen Antrag. Es ist richtig, dass man das Konzessionsreglement im Einwohnerrat hatte und festgelegt hat, dass die 20 %, CHF 100'000, für Umweltmassnahmen zur Verfügung stehen sollen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass wir mit der Schaffung der Umweltfachstelle eine wichtige Massnahme getroffen und umgesetzt haben. Der Stadtrat betrachtet dies ebenfalls als Teil dieser CHF 100'000 und dient dem vorher erwähnten Zweck. Es geht nicht nur um Merkblätter, sondern es wird auch gehandelt und gearbeitet. Der Stadtrat ist der Meinung, dass man diesem Konzessionsreglement damit Rechnung trägt. Deshalb bitten wir den Einwohnerrat diesem Antrag nicht stattzugeben.

Michael Häusermann (SVP): Geschätzte Anwesende, lieber Roland, wir haben den Antrag vor einem Jahr gebracht, weil wir dafür einen Angestellten haben in der Stadt und wir aus diesem Grund keinen Externen brauchen. Nicht wegen dieser Konzession. Du hast jetzt ausgeführt, du wünschst CHF 10'000 mehr für Massnahmen. Könntest du uns bitte erzählen, was für Massnahmen das sind? Ich gebe lieber Geld aus, wenn ich weiss, wofür.

Roland Locher (GLP): Ich habe das Budget nicht dabei, es sind etwa 18 Positionen. Ich kenne leider nicht alle auswendig. Viele sind im Bereich Öffentlichkeitsarbeit andere im Bereich Schulung an der Schule Lenzburg. Der grösste Brocken sind kommunale Förderbeiträge, bei denen wir gezielt Dinge fördern, die für die Energie und das Klima gut sind. Beispielsweise gebohrte Wärmepumpen, Isolationen, Fenster Ersatz oder solche Sachen. Es gibt nicht wahnsinnig viel Geld, aber manchmal reicht es jemanden dazu zu bewegen, etwas zu machen. Wir nehmen Dinge auch immer wieder raus, wenn wir das Gefühl haben es ist kein Förderbeitrag mehr, sondern eine Subvention. Ich gebe dir ein Beispiel. Wir unterstützen Luft-Luft-Wärmepumpen nicht mehr, weil wir das Gefühl haben, die sind nun günstig und Stand der Technik. Aber eine gebohrte Wärmepumpe, welche uns im Januar weniger Strom braucht und auch der SWL dann weniger Probleme macht fördern wir weiter. So setzen wir das ganze gezielt für Energieeffizienz im Gebäudebestand und in der Technik ein. Wir schütten beispielsweise für Solaranlagen auch nichts mehr aus, weil das vom Kanton genügend unterstützt wird.

Christoph Nyfeler (FDP): Danke Roland für den Antrag. Ich persönlich unterstütze ihn. Ich möchte in Erinnerung rufen, auch hier liegt alles auf dem Tisch, was wir machen müssen. Wir haben vor vier Jahren sogar eine Studie in Auftrag gegeben, nämlich die Motion zum Zubau von Solaranlagen auf städtischen Dächern. Wir sind nun vier Jahre später. Wie viele Quadratmeter haben wir zugebaut? Wir haben eine Studie gemacht zur Entsiegelung von Böden, unter anderem am Markus-Roth-Platz. Ein ganz grosser Verdienst von der IG. Viel Arbeit ist da hineingeflossen. Wie viele Quadratmeter haben wir entsiegelt bis auf die zwei Flächen, welche die IG entsiegelt hat? Wir haben eine Fernwärmezentrale, welche die ganze Altstadt nach wie vor mit Erdgas versorgt, das hätte man, glaube ich, schon lange umsetzen müssen. Also von daher sehe ich auch hier und als Antwort an die Kollegin Anja, ich will lieber Solarzellen zubauen, ich will lieber entsiegeln. Wir haben vor vier Jahren eine Steilvorlage geliefert, um etliche Sachen umzusetzen. Vier Jahre später gibt es für mich viele Fragezeichen. Ich hoffe, dass die künftige Stadtregierung uns effektive Vorlagen zur Umsetzung all dieser Massnahmen liefert, solche die wir kennen, evaluiert haben und die bereits auf dem Tisch liegen und bitte ersetzt nicht wieder Glühbirnen für CHF 1,3 Millionen.

Adrian Höhn (GLP): Roland hat mehr oder weniger schon alles ausgeführt. Es geht viel wieder retour an Private aus diesem Konto. Wenn wir hier zusammen kürzen, ist es dort wo eigentlich das Geld der SWL wieder zu einem kleinen Teil zurückfliesst an die Privatwirtschaft. Wenn wir hier kürzen, hat der Private nicht mehr die Option wieder an seine Konzessionsabgaben heranzukommen.

Anja Kroll (Grüne): Kurze Antwort an Christoph. Wir wären mit der Entsiegelung weiter, wenn die FDP der Vorlage Brunnmattstrasse mit anderer Pflästerung zugestimmt hätte.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Im Antrag geht es nun darum, das Konto 7690.3130.01 auf CHF 80'000 festzulegen also um eine Erhöhung von CHF 10'000. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommen.

Adrian Höhn (GLP): Abteilung 7 7900, Raumordnung, Konto 3132.00, Honorare, externe Berater, Gutachter. Antrag: Das Budget für die externe Kommunikationsberatung beim Bahnhof von CHF 10'000 ist ersatzlos zu streichen und das Konto auf CHF 95'000 zu reduzieren. Begründung: Wir haben schon mehrfach Geld für Kommunikationsberatung und so weiter im Bereich Bahnhof gesprochen. Ich habe schon ein paar von denen gesehen in der Kommissionssitzung der Bahnhofbegleitkommission, aber so wirklich gut fand ich die Kommunikation nie. Was haben wir in der Zwischenzeit gemacht? Wir haben jemanden für die Kommunikation in unserer Stadt angestellt, wir haben eine neue Homepage, wir haben Social Media eingeführt. Ich glaube, es wäre langsam an der Zeit, dass wir so etwas auch selbst umsetzen, wahrscheinlich sogar besser, als es bisher gemacht wurde. Das lausige Plakat am Bahnhof, ich traue es dieser Stadt zu, dass es noch ersetzt wird, und zwar in Eigenarbeit. Vielen Dank.

Stadtamman Daniel Mosimann: Ich bitte den Einwohnerrat dem Antrag nicht stattzugeben. Im Moment sind wir dabei, im partizipativen Prozess die Bevölkerung und die Anspruchsgruppen in die Bahnhofplanung einzubeziehen. Wir wissen, es wird Verzögerungen durch die Einsprache von Submissionsbeschwerden, welche vor Bundesverwaltungsgericht war, geben. Wir sind dort in einem fortgeschrittenen Stadion in der Begleitung des partizipativen Prozesses. Ich bin aber mit Adrian einverstanden der Anschluss Lenzburg ist nicht mehr zeitgemäss und soll ersetzt werden.

Corin Ballhaus (SVP): Geschätzte noch aufmerksame Anwesende, ich komme mir ehrlich gesagt wie im falschen Film vor. Die gleiche Argumentation für das Geld haben wir gehört, als wir über den Kredit abgestimmt haben zu den Teilgebieten B, C, D, oder wie sie auch immer heissen. Dort sind CHF 40'000 für die Kommunikation vorgesehen, die uns mit dem gleichen Argument verkauft worden sind, es gehe um die Partizipation, es gehe um eine neue Webseite. Wo sind wir heute? Nicht weiter. Also ich unterstütze diesen Antrag für die Streichung.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: In diesem Fall komme ich zur Abstimmung.

Abstimmung:

Der Antrag die CHF 10'000 für externe Kommunikationsberatung soll ersatzlos gestrichen werden, wird mit 25 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Dann kommen wir noch zur Abteilung 9, Finanzen und Steuern. Da gibt es keine Wortmeldungen dann sind wir mit den Abteilungen durch.

Wir kommen nun zur Abstimmung des Budgets.

Abstimmung:

Das Budget wird mit allen Änderungsanträgen mit 33 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme ohne Enthaltung angenommen.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Da die Zeit schon so weit fortgeschritten ist möchte ich nur noch das Geschäft Kreditabrechnung Marktmattenstrasse behandeln. Alle anderen Geschäfte werden auf die nächste Sitzung vertagt.

5 (25/157) Marktmattenstrasse; Sanierung 1. Etappe; Abschnitt Nord; Kreditabrechnung

Ivanka Bašic (SP): Geschätzte Anwesende, ich mache es kurz im Namen der GPFK begrüsse ich noch einmal alle. Francis Kuhlen und ich haben den Kredit geprüft und keine Abweichungen in den geprüften Belegen festgestellt. Wir haben auch in der Sitzung nicht viel darüber diskutiert. Es sind gewisse Einsparungen erfolgt, die ihr selbst in der Vorlage lesen konntet. Schlussendlich haben wir 18,5 % gespart und wir danken der Abteilung Tiefbau und Verkehr für die Arbeit und der ganzen Verwaltung. Die GPFK empfiehlt die Kreditabrechnung zu genehmigen. Danke vielmals.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich komme zur Abstimmung.

Abstimmung:

Die Kreditabrechnung Marktmattenstrasse, Sanierung 1. Etappe Abschnitt Nord wird einstimmig angenommen.

6. Umfrage

Thomas Schaer (SP): Es geht um die schriftliche Anfrage, die ich in dem Moment einfach an Beat überreiche und auf weitere Voten, nach dieser spannenden und energiegeladenen Budgetsitzung, verzichte. Danke.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Ich komme zum Schluss und danke für die sehr spannende Budget-Sitzung. Auch wenn sie teilweise sehr langfädig war, denke ich, dass es sich gelohnt hat. Ich wünsche allen ein gutes Heimkommen und gute Nacht. Schlaft gut.

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Der Präsident:

Die Protokollführerin: